Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 177
19. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT:

Revolutionsfeier in Moskau 1923. Von Zetkin . . 1493

Deutschland.
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1495
Das Großkapital und die Rheinlande. Von Sobottka 1496

Politik.
Brief aus Holland. Von Ravensteyn 1496

Wirtschaft.
Zum Londoner „Getreidevertrag" mit Sowjetrußland. Von Ossipow 1497

Arbeiterbewegung.
Die Offensive des Kapitals und die Kommunistenverfolgungen in Australien. Von Earsman . . . 1498

Aus der Internationale.
Die Geburt der Kommunistischen Partei in Norwegen. Von Kuusinen 1498
Die Reichskonferenz der KPTsch. an die KP. Bulgariens 1500

Deutschlandhilfe.
Einladung zum Hungerhilfskongreß für Deutschland . 1500

Rote Hilfe.
Die „Rote Hilfe" auf der Wacht! Von Wagner . 1501

Weißer Schrecken.
Der Lausanner Mordprozeß gegen Polounine und Conradi. Von Rappoport 1501
Gegen die große Lüge! Von Barbusse 1502

Buchbesprechung.
„Hakenkreuz und Sowjetstern." — „Hochverräter Stinnes." Von Höllein 1503

Revolutionsfeier in Moskau 1923.

Von Clara Zetkin.

** Revolutionsfeier in Moskau! Es gibt keine Worte, die das glühende, farbige, kraftstrotzende Leben widerspiegeln, dessen Ausdruck die Revolutionsfeier zu Moskau ist. Alle Worte erscheinen kalt, hohl, grau, tot, gemessen an der Wirklichkeit. Die Revolutionsfeier des Moskauer Proletariats ist politische Demonstration, militärische Parade, nationales Weihespiel, internationale religiöse Andacht, ist Vergangenheitsstolz, Gegenwartskraft, Zukunftsgelöbnis, Volksfest, alles in einem. Das aber in dem Riesenausmaß, das den russischen Dingen wesenseigen ist, und das seinen Ursprung in der Weite der grenzenlosen Steppen im Südosten und in der Endlosigkeit der sich dehnenden Wälder im Norden nimmt. Die Revolutionsfeier des Moskauer Proletariats ist einzig in ihrer Art, wie die proletarische Revolution einzig in ihrer Art ist, deren Gedenken sie gilt. Sie ist die „Hochzeit" der werktätigen Massen, im umfassenden altdeutschen Sinne des Wortes, der so weit über seine heutige enge Bedeutung hinausreichte, ist die „hohe Zeit", das höchste Fest stark und froh drängenden Lebens. Sie ist das Fest der Massen, die sich selbst begreifen und sich selbst feiern in ihrer elementaren geschichtlichen Macht, in ihrem revolutionären Sturm und Drang, die kühn die Axt an die Wurzel des zaristisch-kapitalistischen Rußlands legten und den Arbeiter- und Bauernstaat schufen, den Bahnbrecher des Kommunismus.

Die große Militärparade und der Aufmarsch der Arbeiter und Arbeiterinnen, wie der Jugend auf dem denkwürdigen „Roten Platz" vor dem Kreml erschöpfen keineswegs die Revolutionsfeier. Diese gewaltigen Demonstrationen sind nur der fernhin leuchtende Schaum auf dem Gipfel der sich stolz aufbäumenden breiten Woge machtvoller Massenstimmung. Mindestens 8 bis 10 Tage vor dem 7. November begann die Revolutionsfeier der Schaffenden und der Lernenden, und sie geht ebenso lange nach dem historischen Datum weiter, an dem das russische Proletariat mit Unterstützung der Bauernschaft die politische Macht an sich riß und in der Räterepublik seine Diktatur aufrichtete. Kaum eine Fabrik, ein großer Betrieb, eine kräftige Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisation, eine Sowjet- und Parteiinstitution, eine Bildungsstätte, eine Kaserne, ein Lehrkursus der Rotarmisten, die nicht ihre eigene Revolutionsfeier hätten. Hier Versammlung mit Vortrag, dort „Festsitzung", woanders „Jubiläumsfeier", die Veranstaltung sehr oft verbunden mit künstlerischen Darbietungen, mit Fahnenübergabe und Fahnenweihe, mit der Ueberreichung von Ehrendiplomen für Führende, mit der Austeilung von Auszeichnungen für hervorragende Leistungen. Fast überall klingende Musik — bei vielen Feiern ist es die Kommunistische Jugend, die „aufspielt" — und überall revolutionäre Lieder und heiße revolutionäre Begeisterung. Nicht bloß Hunderte, Tausende von Mitgliedern der Kommunistischen Partei in Moskau sind als Vortragende, Redner, Leiter, Ordner usw. solcher Revolutionsfeiern „mobilisiert" worden. Wie diese als nicht zu drehender und zu deutelnder Ausdruck des revolutionären Empfindens und Wollens der Werktätigen gewertet werden müssen, so läßt die Betätigung jener einen Rückschluß zu auf die Leistungstüchtigkeit der Partei und die hohe Pflichttreue, den idealen Geist ihrer Mitglieder. Massen und Partei sind in Sowjetrußland heute noch eins, wie sie es im Kampfe für die Eroberung und die Behauptung der Staatsgewalt vor sechs Jahren gewesen sind, trotz „Nep" und allem schweren, das der harten Uebergangszeit anhaftet, wo es darum geht, spröde, widerstrebende Tatbestände in der Richtung zum Kommunismus zu zwingen.

Von goldigstem Sonnenschein überflutet, wirkte der Rote Platz seinen vollen Zauber als imposanter, stimmungsvoller Rahmen der Militärparade und des Massenaufmarsches. Die düstere, dicke Kremlmauer mit ihrer asiatisch anmutenden Krönung, überragt von trotzigen Türmen und glänzenden Kuppeln, an der einen Seite den Platz abschließend der Wassilidom, sicherlich eines der phantastischsten und launenhaftesten Bauwerke der Erde, der mit der Willkür der architektonischen Formen und dem Reichtum der Farbenpracht der Ornamente wie ein orientalisches Märchen erscheint: sind sie nicht Symbole der knechtenden politischen und kirchlichen Gewalt, die war, und die überwunden worden ist? Vor ihnen

das lebendigste Leben, die neue politische, geistige Macht, Fleisch und Blut in den Ungezählten und Ungenannten, die ihre Befreiung als ihre eigene Tat feiern. Wie gegenwärtig sind in ihnen die gefallenen Revolutionskämpfer, die vor der Kremlmauer ihre Grabstätte erhalten haben! Sie haben mit der Vergangenheit auch den Tod bezwungen.

Am Rande des riesigen Platzes, dort, wo die Truppen stehen, blitzt es von Waffen, von wehenden Fahnen und Fähnlein, von bunten Uniformstücken. Nicht minder farbig ist das Bild da, wo Tausende von Zuschauern zusammengedrängt sind, Männer und Frauen, Greise und Kinder, Arbeiter, Angestellte, Studierende, Rotarmisten, kurz, Angehörige aller Bevölkerungsschichten Moskaus und aller Völkerschaften, die der „Bund Sozialistischer Sowjetrepubliken" umschließt. Ein Malerauge könnte Orgien feiern in der Mannigfaltigkeit der Gewänder, der warmen Töne großer und kleiner Pelze, der Phantastik der Fellmützen. Jedoch wie verschiedenartig die Menge äußerlich ist: ein Herzschlag bewegt sie und eine Freude. Es ist ihr Tag, der sie vereinigt, der Tag der Revolution. Nur ganz vereinzelt ein Nichts-als-Gaffer; die weitaus meisten der vielen Tausende sind innerlich ergriffene Mitwirkende.

Zehn Uhr. Genosse Kamenews mächtige Stimme schallt über den Riesenplatz. Vom stürmischen Jubel begrüßt gibt er einen geschichtlichen Rückblick, Ueberblick und Ausblick. Gedrängt, gedankenreich und packend geprägt. Eine vortreffliche Rede, der mit einem langen Beifallssturm gedankt wird. Begeisterte Kundgebungen umbrausen auch die Reden der verschiedenen Vertreter der Kommunistischen Internationale. Nur wer die vorjährige Revolutionsparade erlebt hat, empfindet inmitten des berauschenden Enthusiasmus die leichte Wolke des Bedauerns, der Enttäuschung, die über die Massen und namentlich über die Truppen zieht, daß auf der roten Tribüne die hochragende Gestalt Trotzkis fehlt, und daß nicht seine eherne Stimme den Platz und die Geister beherrscht. Krankheit hält den genialen Organisator der Roten Armee fern. Und noch einen Großen suchen bei der Parade wie bei jeder Revolutionsfeier, bei jeder Veranstaltung alle Herzen und Gedanken: Lenin, das Hirn, das Herz der russischen Revolution, in dem das gesamte schaffende Volk der Räterepubliken die Revolution selbst liebt, bewundert, feiert. Doch wie echt und tief das Empfinden für die unsterblichen Führer ist, es geht ein in das Bewußtsein: dieser Tag gehört den revolutionären Massen.

Und als Teile des revolutionären Volkes werden die Tausende Rotarmisten empfunden, jubelnd begrüßt, die nun in Parade vorbeidefilieren: Infanterie, Kavallerie, Artillerie, die verschiedensten Waffengattungen, mit tönendem Spiel und wehenden Fahnen. Der Militär und der bekanntlich für alles „fachmännisch" zuständige Journalist mag „Nam' und Art" berichten, wie über Haltung, Schritt und anderes Militärtechnische zu Gericht sitzen. Das alles tritt zurück hinter dem Charakter der Roten Armee als Revolutionsheer, als einziges Volksheer. Denn daraus ist ihr das heldenhafte, siegreiche Ungestüm erwachsen, wie die zäh durchhaltende, opferfreudige Ausdauer und die gestaltende, bemeisterte Kraft. Es ist nicht der stramme, blankgeputzte Gamaschenknopftypus, der aufmarschiert. Aus den leuchtenden Augen, der selbstbewußten Haltung der Rotarmisten spricht es, daß diese Männer wissen, warum sie Uniform und Waffen tragen, daß sie sich stolz als Schützer der Freiheit, der Revolution fühlen. Militärisch betrachtet verfügt sicherlich kein einziger kapitalistischer Großstaat Europas für sein Heer über gleich schönes Menschenmaterial wie die Räterepubliken. Die Ausrüstung der Rotarmisten scheint vollkommen, und Schnellfeuergeschütze fortgeschrittenster Konstruktion, von Panzerautos gezogen, rasseln vorüber.

Während die stattlichen, gutgenährten Gestalten, wohl gekleidet und gerüstet, fest und elastisch vorbeimarschieren, geht plötzlich auf unhörbaren Sohlen ein Geisterzug neben ihnen her. Der Zug der von dem bürgerlichen Europa verlachten und beschimpften „Towarischtschi", die in Bastschuhen, zerrissenen Stiefeln und barfuß, in „Zivilhosen" und zerlumpten Soldatenröcken, aller Unbill der Witterung preisgegeben, das Nötigste entbehrend, hungernd die Schlachten der Revolution geschlagen haben. Mit den Kämpfern an den Fronten schreiten die ihnen an Hingabe und Heldenmut ebenbürtigen Männer und Frauen, die mit leerem Magen, von Frost geschüttelt, fieberhaft sich mühten, um Brot, Waffen, Kleidung für die Rote Armee zu schaffen. Die Parade ist Demonstration der beispiellosen Leistung, die das arbeitende, das revolutionäre Sowjetrußland mit der Organisation und Ausrüstung der Roten Armee vollbracht hat, trotz der Schwäche und Zerrüttung seiner Industrie, des Bürgerkriegs, der Blockade, der imperialistischen Interventionen.

Sehnsuchtsschwer, überwältigend steigen im Herzen die Fragen auf: Wann endlich werden Wissenschaft, Technik und Fleiß nicht mehr auf die Herstellung der vollkommensten Mord- und Zerstörungsmaschinen gerichtet sein, sondern auf schöpferische Friedenswerke? Wann wird die blühende Kraft Hunderttausender und aber Hunderttausender nicht länger geschult werden, um zu morden und den Tod zu empfangen? Wann werden nur noch in den Museen Waffen, Uniformen, Schlachtgemälde, Dokumente davon zeugen, wie tief die sogen. „Kulturnationen" zur Zeit der höchsten kapitalistischen Entwicklung in die greuelvollste Barbarei verstrickt waren? So tief, daß der einzige Staat, der seinem Wesen nach den Frieden ehrlich will, in Notwehr den schweren, drückenden Rüstungspanzer anlegen und das Schwert führen mußte! Der Verstand, der wissende, wägende Gesell, antwortet nüchtern auf die Fragen des Wunsches: Nicht früher, bis die Waffengewalt der besitzenden, herrschenden und ausbeutenden Klassen durch die Waffengewalt der Ausgebeuteten und Beherrschten gebrochen worden ist. Erst dann werden sich die Schwerter der Völker in Pflugscharen und ihre Speere in Sicheln verwandeln. Die Rotarmisten hämmern die Kriegs- in Friedenswerkzeuge um. Sie sind Schmiede der Freiheit, des Friedens. Die proletarische Weltrevolution ist die Wegbereiterin des Weltfriedens. „Und Menschen werden wieder Brüder sein". mehr als das: in Wahrheit und Tat Menschen werden!

Nach der Parade des „Volks in Waffen" erfolgt der Aufmarsch des Volks ohne Waffen, aber innerlich gerüstet, bereit, jeden Augenblick zu diesen zu greifen, um die Revolution und ihr Werk sicherzustellen. Viele der Vorüberziehenden — Frauen wie Männer — haben in den Straßen Moskaus oder an den Fronten der Gegenrevolution mit Todesverachtung gekämpft. Es ist gegen ein Uhr, als der Aufmarsch beginnt, und die Abenddämmerung legt sich bereits auf die Hunderte goldener und bunter Kirchenkuppeln, als die letzten Fabrikbelegschaften über den Platz schreiten. So zahlreich ist die Beteiligung der Moskauer Werktätigen an der Kundgebung, daß sie in breitgegliederten Reihen in einem Doppelzug gleichzeitig rechts und links von der in der Mitte des Platzes errichteten Tribüne vorbeidefilieren. Rote Standarten, Schilder und Plakate mit Inschriften in weiß, in gold, in blau usw. geben der revolutionären Massenstimmung Worte und reden zumal von Kampfeswillen und internationaler Solidarität. Die Zahl der mitgeführten Fahnen ist Legion, der Reichtum der Fantasie in der Verwendung der Sowjetsymbole überraschend. Man empfindet, daß der Stolz und die Liebe der Arbeiterschaft diese Fahnen geschaffen hat.

Jeder Betrieb, jeder Beruf ist mit eigenem Abzeichen und womöglich mit eigenem Banner in den Zügen vertreten, dazu die studierende Jugend der Arbeiterfakultäten, der Universitäten, der Hoch-, Mittel- und Gewerbeschulen jeder Art. Auffallend groß ist die Zahl der Arbeiterinnen, der weiblichen Berufstätigen, die mit der Belegschaft ihrer Betriebe aufmarschieren, viele von ihnen mit dem roten Kopftuch, dem Abzeichen dafür, daß auch sie militärische Ausbildung erhalten haben. Mehrere geschmückte Lastautos führen Kriegsinvaliden, die bei der Demostration nicht fehlen wollten. Und dann die vielen, sehr vielen Lastautos, große Wagen usw. mit Kindern der Heime und Schulen! Welch fröhliche, zukunftsstarke Note bringen sie in die Kundgebung! Die Kinder jedes Heims, jeder Schule haben ihren Wagen nach ihrem Geschmack mit Tannengirlanden, buntem Papier, Fahnen und Bannern ausgeputzt. Mit der herrlichen ungestümen Unbekümmertheit ihrer Jahre — die ältesten aber doch schon bewußt — schmettern sie, rufen sie nicht verstummen wollendes Hurrah in die Welt hinaus. Die Kinder sehen fast ausnahmslos gut genährt, gekleidet, gepflegt aus. Die Revolution ist als die gütige schenkende Fee des Märchens zu ihnen gekommen. In Deutschland gehen zu der Zeit frierende Kinder über die abgeernteten Aecker, Kartoffeln stoppeln oder wühlen in Müllcimern nach einer Krume Brot! —

Ist das ein Mützenschwenken, ein Händewinken, als die Hunderttausende ihre Führer auf der Tribüne stürmisch grüßen und von ihnen gegrüßt werden. Viele Gesichter tragen die untilgbaren Spuren vergangener Entbehrungen, künden, daß des Lebens Bürde auch jetzt noch schwer ist. Jedennoch! Welch ein Leuchten in den Augen, welch eine Entschlossenheit in Haltung und Schritt, welch eine aus tiefster Seele emporlodernde Begeisterung! Bei der räumlichen Ausdehnung Moskaus haben nicht wenige Demonstrantengruppen sich morgens um 7 Uhr auf den Weg machen müssen, und es wird 7 Uhr abends, bis sie an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt sind. Stundenlang stehen sie in den Straßen zum Roten Platz, ehe

sie langsam vorrückend aufmarschieren. Ungleich den „guten deutschen Sozialdemokraten" — die Russen sind ja so kulturlose „Halbasiaten" —, die meinten, bei ihren Maifeiern und anderen Manifestationen nicht ohne Bier und Würstchen die „völkerbefreiende Sozialdemokratie" feiern zu können, harren die Russen aus ohne Speise und Trank, ohne „peinliche Szenen und Zwischenfälle", in freigewollter Selbstdisziplin. Sie sind ganz Begeisterung, ganz Elan, ganz bewußte politische Kraft.

Die diesjährige Siegesfeier der Novemberrevolution des Jahres 1917 stand im Zeichen der Erwartung auf die nahende proletarische Revolution in Deutschland. Das sprach aus den Inschriften vieler der beim Aufmarsch mitgeführten Schilder, aus Zurufen und Hochs der Demonstranten, das kam in allen Gedenk- und Begrüßungsreden zum Ausdruck. Die russische Revolution ist vom ersten Tage an Trägerin des Gedankeninhalts, der Zielrichtung des internationalen Kommunismus gewesen. Die Führer haben die breitesten Massen gelehrt, sie nur als den Anfang der proletarischen Weltrevolution zu betrachten. Diese wird tief von dem Bewußtsein der internationalen Schicksalsgemeinschaft des Proletariats als ausgebeutete, als kämpfende, als siegende Klasse durchdrungen. Mit ihren Leiden und ihrem Blut haben sie die Mauersteine der ersten Festung des Weltproletariats verbunden. Die Vorstöße des deutschen Proletariats im August und September ließen berauschend stark die Hoffnung aufblühen, daß fünf Jahre Koalitionspolitik den verhungernden und geknechteten Werktätigen endlich die Erkenntnis eingebläut hätten, die Bourgeoisie in Staat und Wirtschaft expropriieren zu müssen. Die Siege der Stinnes und ihrer Faschistenbanden, das Ausweichen der Proletarier vor dem Kampf, als ihnen in Sachsen und Thüringen die Gegenrevolution frech herausfordernd ins Gesicht schlug, fielen am Vorabend der Revolutionsfeier wie Winterreif in die Frühlingsnacht der hochfliegenden Revolutionserwartungen.

Trotz allem weniger Bitternis als schmerzliches Staunen in dem Empfinden der Moskauer Proletarier. Nicht gemindert ist ihre Ueberzeugung, daß die deutsche Revolution der Geschichte ehernes Muß ist, und daß ihre Donner näher und näher rollen. Leidenschaftlich, glühend wie je erklingt das Gelöbnis der festlichen, kampffrohen Massen, alles zu tragen und alles zu wagen, um Not und Gefahr der deutschen Brüder und Schwestern zu mildern, um ihren Sieg über den Kapitalismus zu sichern. Diesen Massen ist es heiligster Ernst mit dem Schwur, Brot und Blut zu opfern, auf daß Deutschlands Proletariat frei werde. Heißes brüderliches Mitgefühl, entschlossener Revolutionswille und stolze Siegeszuversicht verschlingen sich in dem Solidaritätgefühl der demonstrierenden Hunderttausende zu einer wundervollen mächtigen Einheit. Diese vergleichen Sowjetrußlands und Deutschlands Lage, das Geschick der Proletarier hier und dort. Die Wage senkt sich tief zugunsten des Arbeiter- und Bauernstaats. Wir haben 's gewagt, und wir haben 's gewonnen, so braust es aus der Revolutionsfeier machtvoll empor. Wir sind's, die trotzig-kühn den Kampf gegen die alte bürgerliche Welt aufnahmen, und die über sie siegten. Und ob heute noch viel hartes Mühen und manche Not unser Los ist, unser die Welt, trotz alledem!

Das russische Proletariat — die Moskauer Arbeiterschaft mit voran — hat Jahre furchtbaren Kampfes für die Eroberung und Behauptung der politischen Macht getragen. Es trägt nun die Schwere der Uebergangszeit zum Kommunismus. Die Stärke seiner Ueberzeugung, die Festigkeit seines Revolutionswillens, die Glut seiner Begeisterung ist unberührt geblieben. Mit ihm ist die schöpferische Ursprünglichkeit und Kraft einer jungen Rasse und einer jungen Klasse in die Geschichte getreten. Die schönheitsseligen Italiener sagen im Anschauen der Herrlichkeit Neapels: „Sieh diese Stadt und stirb". Von der Moskauer Revolutionsfeier, dieser gewaltigen Symphonie triumphierenden Revolutionswillens klingt den Ausgebeuteten der Welt entgegen: „Seht dieses Proletariat und kämpft".

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 19. November 1923.

** Die neue Woche soll wieder einmal auf dem Gebiete der Innen-Politik entscheidende Ereignisse bringen. Der schon vor fünf Wochen in die Ferien geschickte Reichstag tritt morgen wieder einmal zusammen. Das Aufziehen der parlamentarischen Kulisse soll durch eine Tagung des Auswärtigen Ausschusses eingeleitet werden.

Sowohl die Sozialdemokraten als auch die bürgerlichen Demokraten haben sich noch vor einigen Tagen von dem Zusammentritt des Reichstages große Dinge versprochen. Die Münchener Ereignisse haben die Stellung der Rechten geschwächt. Gleichwohl bestehen sie nach wie vor auf ihrer Forderung der sogenannten nationalen Diktatur-Regierung unter Ausschaltung Stresemanns. Sie fanden dabei Unterstützung bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein. Es verlautete mit Bestimmtheit, daß der Reichspräsident Ebert sich weigern würde, ein Rechtskabinett zu ernennen. Käme es unter solchen Umständen im Parlament zu einer Abstimmung über die Frage Rechts-Diktatur oder parlamentarische Regierung, so würden höchstwahrscheinlich auch die Mittelparteien gegen die Rechts-Diktatur stimmen. In einer solchen parlamentarischen Atmosphäre wäre der Weg für eine Mittel-Koalition mit den Sozialdemokraten wieder frei geworden.

Die Aussichten für das Wiederaufleben einer Art Wirth-Regierung haben sich indessen inzwischen auf ein Mindestmaß verringert. Und zwar wurde dieses Wunder durch den geschickten parlamentarischen Kulissenschieber Stresemann vollbracht. Herr Stresemann hatte für den gestrigen Sonntag den Zentralvorstand seiner Partei zusammengerufen und dieser sprach sich fast einstimmig gegen die offene Rechtsdiktatur aus. Er fordert vielmehr die Beibehaltung der Stresemann-Regierung, die der Form nach zwar keine Rechtsdiktatur darstellt, die aber in ihren Taten vortrefflich das wirtschaftliche, soziale, innen- und außenpolitische Programm einer Rechtsdiktatur ausführt.

Dadurch ist nun eine neue Lage entstanden. Den Mittelparteien ist eine günstige Gelegenheit geboten, sich für die Politik des Weiterlavierens zu entscheiden. Die Sozialdemokraten dagegen sind dadurch von dem Alpdruck einer offenen Rechtsdiktatur befreit. Schon verkündet das Berliner Boselblatt, **„Der Montagsmorgen"**, der sich durch enge Beziehungen zur Sozialdemokratie auszeichnet, daß die Mißtrauensanträge der Kommunisten und Deutschnationalen im Reichstag abgelehnt werden würden, wodurch dann das Fortbestehen des Kabinetts Stresemann bis auf weiteres gesichert zu sein scheine.

Verwirklicht sich diese Annahme, so wird die innerpolitische Entwicklung erst recht weiter nach rechts rutschen. Das mit parlamentarischem Vertrauen ausgerüstete Kabinett Stresemann dürfte dann einen noch schärferen Kurs als bisher gegen links einschlagen, um seine Unfreundlichkeiten gegenüber den Rechten auf diese Weise gutzumachen. Dabei wird es zweifellos auf die stillschweigende Duldung, wenn nicht gar auf die offene Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen können. Denn deren sogenannter linker Flügel wetteifert zurzeit geradezu mit der Reaktion in der Begeiferung der Kommunisten. Und wir wissen aus den Erfahrungen der Vergangenheit, daß sozialdemokratische Kommunistenhetzen immer Vorboten für Polizei- und Rgierungsaktionen gegen die Kommunisten sind.

Daß die Sozialdemokraten durch derartige Helfershelferdienste für sich nicht viel gewinnen werden, geht schon allein aus der Zuschrift des Herrn General von Seeckt an den **„Vorwärts"** hervor. Das biedere halbamtliche Organ so vieler Reichsregierungen wird von Herrn von Seeckt wie ein alter Diener, der sich zuviel Vertraulichkeiten erlaubt hat, in seine Schranken zurückverwiesen.

Es fragt sich indessen, ob die Dinge sich genau so entwickeln werden, wie die parlamentarischen Kulissenschieber es sich ausgemalt haben. In der auswärtigen Lage Deutschlands bereiten sich für die allernächste Zeit schwerwiegende Entscheidungen vor. Die führenden Ententemächte sind sich vorläufig nur in der Sache einig. In der Frage der Militärkontrolle und der Rückkehr des Kronprinzen verurteilen sie sämtlich die Haltung der deutschen Regierung auf das entschiedenste. Dagegen bestehen zwischen ihnen Meinungsverschiedenheiten über die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um Deutschland ihren Willen aufzuzwingen. Poincaré hat bisher gezeigt, daß er auch allein zu handeln wagt. Und seine Verbündeten haben ihrerseits ebenfalls den Beweis erbracht, daß sie nicht den Willlen aufbringen, derartige Sonderhandlungen zu verhindern. Diesmal sollen angeblich die Gegensätze zwischen England und Frankrich viel schärfer sein, als je zuvor. Dazu kommt, daß sich in diesem Fall auch Italien offen auf die Seite Englands stellt. Wer aber die Ereignisse der letzten Jahre verfolgt hat, weiß, daß diese Haltung Italiens und Englands nicht von Liebe zu Deutschland, sondern lediglich von Schacherabsichten auf Kosten Deutschlands diktiert ist. Welche Sondervorteile wollen England und Italien

sich bei diesem Schacher erpressen? Auf alle Fälle dürften die eintretenden Maßnahmn der Entente oder einzelner ihrer Teile und die Stellungnahme der deutschen Regierung hierzu die innenpolitische Lage grundlegenderweise verändern.

Inzwischen wird man immer öfter daran erinnert, daß die ausführende Gewalt in Deutschland auf das Militär übergegangen ist. Es vergeht kein Tag, wo nicht neue Verordnungen des Herrn General von Seeckt veröffentlicht werden. Diese Verordnungen fallen besonders durch ihren eigenartigen Stil auf. Im Gegensatz zu den langweiligen und schwülstigen Kundgebungen der parlamentarischen Regierung und des Reichspräsidenten ist die Verordnungssprache des Generals von Seeckt von jener Klarheit und Durchsichtigkeit, die man gewöhnlich bei selbstbewußten Militärs anzutreffen pflegt. Sie ist nicht einfach Maschinengewehrgeknatter oder Kanonendonner, sie gleicht vielmehr dem schneidigen Schwingen von blinkenden Säbelklingen, oder, vielmehr richtiger, von feinen Florettdegen, die aber — ach! — nur Hiebe in die blaue Luft führen. Denn es ist kein Zweifel: die wirtschaftlichen Verordnungen des Herrn von Seeckt werden weder die Schlemmer noch die Wucherer zurückschrecken und noch viel weniger werden sie dem Volke Brot und Heizmittel verschaffen.

Das Großkapital und die Rheinlande.

Von Gustav Sobottka (Essen).

** Acht Wochen sind vergangen, seitdem der passive Widerstand auch formell durch die deutsche Regierung aufgehoben worden ist. Die Machthaber, die nach Aufhebung des passiven Widerstandes schrien, haben es aber bis heute nicht fertiggebracht, den Produktionsprozeß im Ruhrgebiet in Gang zu bringen, und die Lebensmöglichkeit der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu sichern. Im Gegenteil, von Woche zu Woche mehrt sich die Zahl der stillgelegten Betriebe. Die Arbeitslosenzahl wächst dauernd und hat in der Woche bis 10. November die zweite Million überschritten.

Können sich die Machthaber Frankreichs und Deutschlands über den Anteil an der Profitrate nicht einigen, so sind sie sich einig in der Unterdrückung der Arbeiterschaft und in der Absicht, auch die Kosten dieses Ruhrkrieges auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Haben zu Anfang der Ruhrbesetzung auf der einen Seite die deutschen Kapitalisten versucht, die Arbeiterschaft mit nationalen Phrasen vor ihren Wagen zu spannen, so haben die französischen Generale auf der anderen Seite geglaubt, durch Versprechung der Frankenlöhnung, durch die Zusicherung, daß die sozialen Rechte der Arbeiter nicht angetastet würden, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Die Arbeiterschaft ist weder den deutschen noch den französischen Lockungen gefolgt, in der richtigen Erkenntnis, daß es für sie nur einen Feind gibt: den **Kapitalismus, ganz gleich, ob unter französischer oder deutscher Maske.**

Heute sind die Masken gefallen, brutal und offen wenden sich beide Machthaber gegen den einen Feind, die Arbeiterklasse. Diese gilt es niederzuschlagen, zu zermürben, um die Plattform zu schaffen für schrankenlose Unternehmerwillkür. Ist die Arbeiterschaft niedergeschlagen, so ist auch der Weg frei für die von der Großindustrie so sehnlichst erwünschte Internationalisierung des Rhein- und Ruhrgebiets. Unter dem größten Entrüstungsgeschrei gegen die Rheinlandbündler arbeiten die Agenten von Stinnes, Klöckner, Vögler für die Errichtung einer Rheinlandrepublik. Diese Leute sind nicht so dumm wie die Smeets, Decker und Genossen, die durch Erstürmung der Rathäuser die Macht ergreifen wollen, sondern sie arbeiten auf anderem Gebiete vor. Im geheimen werden die Vorbereitungen getroffen, die, wenn sie Wirklichkeit werden, mit einem Schlage die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebiets vor die vollendete Tatsache stellen. Der rheinische Provinziallandtag, der vom 6. bis 9. November in Barmen tagte, hat einiges Licht in dieses Dunkel gebracht. Mit fliegender Fahne ist das Zentrum unter Führung des Herrn **Adenauer** ins Lager der legalen Rheinlandbündler übergegangen, ebenso die beiden Stinnesparteien, die Deutschnationalen und ebenfalls die deutsche Volkspartei unter Führung von Dr. Jarres. Wie weit die Schieber um Stinnes und Konsorten ihre Vorbereitungen schon getroffen haben, zeigt die Tatsache, daß der Duisburger Oberbürgermeister, Dr. **Jarres**, der eifrigste Verfechter der rheinischen Republik, von Herrn Stresemann zum Reichsminister des Innern ernannt wurde. Die Gründung des Stinnes-Klöckner-Reiches soll damit nicht nur vom Rheinlande aus, sondern auch von Berlin gefördert werden.

Wie schamlos das Industrie- und Bankkapital noch heute an dem Elend der Ruhrbevölkerung verdient, zeigt die Art der Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung bei den Bergarbeitern. An diese Erwerbslosenkategorie werden die Erwerbslosenunterstützungen durch Vermittlung des Zechenverbandes von den einzelnen Zechen ausbezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung wird jede Woche am Donnerstag von der Regierung für die betreffende Woche festgesetzt und dem Zechenverbande überwiesen. Die Auszahlung an die Bergarbeiter erfolgt dann aber erst in der nächsten Woche: am Dienstag Vorschuß und am Freitag Restzahlung. Also beinahe acht Tage arbeiten die Grubenbarone und Bankhyänen mit dem Gelde, das ihnen für die Aermsten der Armen zur Verfügung gestellt wird. So wird aber auch das übrige Reich von dem westlichen Groß- und Bankkapital bis zum äußersten ausgesogen. Wenn dort nichts mehr zu holen sein wird, dann wird man Schluß machen und auch die offizielle Loslösung der besetzten Gebiete vollziehen. Die Gründung der Rheinlandbank und die Herausgabe der rheinischen Währung ist der erste, aber sichere Schritt auf diesem Wege. Eine eigene Währung im Rheinland bedingt selbstverständlich eine eigene Finanz- und Steuerpolitik, eine eigene Zollpolitik und damit eine eigene selbständige Verwaltung.

Der größte Wunsch Stinnes, die Eisenbahnen in seinen Besitz zu bringen, ist bereits zum Teil erfüllt. Die Eisenbahnen sind der Verwaltung des Deutschen Reiches bereits entzogen und der Betrieb und die Verwaltung einer Regie übertragen. Die Beteiligung Stinnes an der Eisenbahnregie ist nur noch eine Frage von wenigen Tagen, wenn sie nicht im geheimen schon längst vollzogen ist. Die rheinisch-westfälische Eisenindustrie wird von ihm schon längst allein beherrscht. Nur im Bergbau pfuschen ihm noch andere hinein. Hier gilt es, für Stinnes jetzt die letzte Schanze zu nehmen. Die Fühler in dieser Richtung sind auch schon ausgestreckt. Im Ruhrgebiet hat der preußische Staat großen Grubenbesitz. Die Aktien der „Hibernia"-Aktiengesellschaft befinden sich sämtlich in den Händen des Preußischen Staates. Außerdem hat Preußen noch eine Reihe von Gruben, die unter Staatshoheit stehen und 30 000 Arbeiter beschäftigen. Diese Gruben sollten nach dem preußischen Gesetz über Umwandlung der Staatsbergwerke in eine Aktiengesellschaft mit den übrigen in Preußen gelegenen Gruben in der „Preußischen Bergwerk-Aktiengesellschaft" vereinigt werden. Diesen Plan hat Stinnes durch seine Agenten in Preußen bis jetzt hintertrieben. Seine Bestrebungen gehen dahin, die „Hibernia"-Aktiengesellschaft mit den anderen Staatsgruben zu einer Gesellschaft zu vereinigen, und einem internationalen Konsortium zur Verwaltung und Ausbeutung zu übertragen, sie also dem Preußischen Staate zu entreißen. Die „Hibernia"-Aktiengesellschaft und die übrigen Staatsgruben beschäftigen zusammen über 60 000 Bergarbeiter im rheinisch-westfälischen Bergbau. Gelingt dieser Zug, so wird damit im Zusammenhang mit den schon jetzt im Besitz von Stinnes befindlichen Zechen Stinnes zum Alleinherrscher auch auf dem Kohlenmarkt. Eisen, Kohle und Transportmittel der Rheinischen Republik sind dann vereinigt in der Hand von Stinnes. Die Rhein- und Ruhr-Republik wird damit zu einem Stinnesstaat, in dem der „Gott Stinnes" herrscht.

Politik

Brief aus Holland.

Von van Ravenstein (Amsterdam).

** „Peinlichste Sparsamkeit zu üben ist unser aller Pflicht", hieß es schon in der Thronrede im Jahre 1920. Und kurz nachdem die Apanage der Königin mit 600 000 Gulden auf das Doppelte erhöht worden war, hieß es in der Thronrede im September d. J., daß bezüglich der staatlichen Fürsorge Einschränkung anzustreben sei, und zwar besonders bei den Kosten der sozialen Fürsorge. Für den Etat 1924 wurde dann auch eine Ersparnis von 140 Millionen Gulden vorgesehen, wovon 60 Millionen allein bei den Gehältern der staatlichen Angestellten gespart werden sollten. Desgleichen soll **die ganze staatliche Arbeitslosenunterstützung aufhören.** Außerdem wurde auch eine Erhöhung der indirekten Steuern angekündigt usw.

Trotz dieser Bestrebungen zur „Sicherung des Guldens" kam der schon lange schwebende Flottenentwurf aufs neue auf die Tagesordnung, nach dem der Bau einer Flotte für „Niederl. Indien" (Indonesien) geplant wird, deren Kosten vorläufig auf 532 Millionen Gulden veranschlagt werden. Unter diesen

Umständen ist es eigentlich kein Wunder, daß sogar der konservative Minister **de Geer** zurücktrat, und an dessen Stelle der kalvinistisch reaktionäre **Colyn** diesen Ministerposten übernahm. Dieser ehemalige Besieger freiheitsliebender Indonesier war vor kurzem noch Direktor des englisch-holländischen Petroleumtrustes Royal Dutch Shell. So, wie die holländische Bourgeoisie früher Anlehnung an Deutschland suchte, so will sie sich jetzt zur Verteidigung ihrer Kolonien auf England stützen, und der Flottenentwurf stellte die Einleitung einer Parteiergreifung in einem kommenden Kriege an der Seite Englands dar. Um den Bestand seiner Kolonien zu sichern, hat sich Holland seither an eine starke Seemacht angelehnt.

Die Regierung glaubte durch ihre klerikal-reaktionäre Majorität die Annahme der Vorlage im Parlament gesichert. Gegen die Vorlage setzte aber unter der Führung der Sozialdemokraten und der KPH. eine Massenbewegung ein, und auch im katholischen Lager nahmen die Zeitungen unter dem Druck der Arbeiter Stellung gegen die Vorlage, die ebenso von den Freisinnigen — allerdings lediglich aus finanziellen Gründen — bekämpft wurde. Und so geschah das Unerwartete. Mit 50 gegen 49 Stimmen **wurde die Vorlage abgelehnt.**

Allerdings schreibt ein Gewerkschaftsblatt wohl mit Recht: „Die Reaktion hat einen Schlag erhalten, aber sie ist nicht geschlagen." Die Reaktion wird sich jetzt fester zusammenschließen, und zwar um nicht nur die Zwietracht in den katholischen Reihen zu beheben, sondern auch um eine Verbindung der klerikalen Mehrheit mit dem konservativen Freisinn herbeizuführen. Wenn auch Colyn als Minister erledigt sein wird, so wird er doch hinter den Kulissen um so gefährlicher weiterwirken. Die ganze bürgerliche Presse sagt jetzt ganz offen, man müsse nun wirklich ökonomisieren und **natürlich müsse daneben das Problem der „nationalen Verteidigung" gleichfalls gelöst werden:** Also ist wohl eher ein noch reaktionäreres Ministerium zu erwarten.

Wird das holländische Proletariat, das gegen das Flottengesetz getrennt marschierte und einen vorläufigen Sieg errang, jetzt mit erstarkter Kraft zusammen vorzugehen wissen gegen die vereinigte Reaktion? Dabei bedenke man die soziale Lage: wachsende Arbeitslosigkeit, Unternehmeroffensive auf der ganzen Linie, fortschreitende Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverlängerung.

Wiesen die Sozialdemokraten schon bei der Aktion gegen die Gesetzesvorlage jedes Zusammnarbeiten mit den Revolutionären systematisch zurück, so hat jetzt ihr Führer **Troelstra** seine Hoffnung auf eine demokratische Majorität im Parlament gesetzt. Er leistete sogar einer Einladung in das königliche Schloß Folge, um über seinen evtl. Eintritt in ein Ministerium zu verhandeln, das doch nur überwiegend bürgerlich sein kann und die Aufgabe der „Oekonomisierung" wie auch die „Landesverteidigung" zu erledigen hätte. Aber es sind Anzeichen vorhanden, die auf einen erwachenden Drang der Arbeiterschaft hindeuten, an die Stelle der Einigkeit mit der Bourgeoisie die proletarische Einheitsfront treten zu lassen. Kennzeichnend dafür ist eine Rede **Edo Fimmens,** die dieser am Tage der Ablehnung des Flottengesetzes (am 26. Okt.) in einem übervollen Saale vor einer Massenversammlung in **Haarlem** gehalten hat. Fimmen sprach u. a. von der zwingenden Notwendigkeit der Bildung einer proletarischen Einheitsfront. Er geißelte die Bildung der Einheitsfront mit der Bourgeoisie während des Krieges, wodurch die Arbeiter auch nach dem Kriege sogar mit ihrer nationalen Bourgeoisie zusammen gegen den „äußeren Feind" kämpften, wie z. B. gegen die Ruhrarbeiter.

Fimmen sprach davon, wie nach November 1918 eine neue Strömung entstand, die aus der bürgerlich-politischen Revolution auf dem Papier, eine proletarisch-ökonomische im Produktionsprozeß machen wollte, wie da aber die Arbeiterschaft nichts Besseres zu tun wußte, als sich untereinander zu bekämpfen. Sobald die Bourgeoisie das erkannte, ging sie zur Offensive über.

Die Ententebourgeoisie weiß, daß eine goldene Zeit für sie anbräche, falls durch die Niederwerfung der deutschen Revolution die deutschen Arbeiter zu **europäischen Kulis** gemacht würden, während es für sie den Anfang vom Ende bedeutete, wenn es den deutschen Arbeitern gelänge, mit ihrer Bourgoisie abzurechnen.

Die Lage in Deutschland ist von jeher für Holland von größter Bedeutung gewesen. Und so gebietet schon der eigene Vorteil, wie die internationale Solidarität, der deutschen Revolution zu helfen. Zwar wird unsere feige Bourgeoisie wohl keine Truppen senden wollen. Doch sie wird nach Holland übergetretene Revolutionäre dem Klassenfeinde ausliefern, während wir diesen Revolutionären keine schlechtere Aufnahme sichern sollten, als sie der „Kriegsherr" im Jahre 1918 auf seiner Flucht erhielt.

Besonders, sagte Fimmen, sollten wir an die Verstärkung der eigenen Organisationen denken und unsere Mitglieder zu Kämpfern erziehen; wir sollten aber auch **alle Richtungen** zu umfassen bestrebt sein (es gibt in Holland 6 bis 7 Gewerkschaftszentralen!); die Aktion gegen die Flottenvorlage hat die Möglichkeit eines solchen Zusammenschlusses dargelegt. Und wenn wir siegen wollen, ist die **Einheitsfront** unbedingtes Erfordernis.

Und nicht nur Wahlzettel und Resolutionen, **alle** Waffen müssen die Arbeiter anwenden. **Es ist ein Wahnsinn, auf die bürgerliche Demokratie zu schwören, wenn die Bourgeoisie die Diktatur handhabt.**

Die Rede Fimmens sowohl wie die Ausführungen unseres Genossen Wynkoop, der sich an der Diskussion beteiligte, wurden von diesen sozialdemokratisch orientierten Arbeitern mit großem Beifall aufgenommen. Instinktmäßig empfanden die Arbeiter die hohe Bedeutung der sich hier offenbarenden Arbeitereinheit.

Die KPH. verbreitet diese Rede unter den Amsterdamern. Die Partei, die bisher hauptsächlich nur unter der Mehrheit der syndikalistischen Arbeiter ihren Anhang hatte, gewinnt wachsenden Einfluß unter den Amsterdamern. Der Lauf der Ereignisse hilft mit, den Arbeitern die Augen zu öffnen. Und wenn sich jetzt auch viele noch von dem Ministeralismus betören lassen — je eher diese Krankheit in ein akutes Stadium tritt, um so eher ist sie überstanden. Die Enttäuschung wird, wenn auch eine harte, so doch die beste Lehrerin sein. Die KPH. hat die große Aufgabe, den kleinen Sieg, der durch die Illusionen der Arbeiter zum Pyrrhussieg werden könnte, umzugestalten zu einem ersten Schritt auf dem Wege zur proletarischen Einheit und zum proletarischen Siege.

Wirtschaft

Zum Londoner „Getreidevertrag" mit Sowjetrußland.

Von G. Ossipow (Moskau).

** Die Gründung der russisch-englischen Gesellschaft für die Ausfuhr von russischem Getreide nach England, Frankreich und Italien brachte die Geschäftsleute des Westens, in erster Linie der Londoner City, in sehr große Erregung. Diese Erregung ist nicht verwunderlich: Zum ersten Mal erhalten die endlosen Verhandlungen über den reichen und weiten russischen Markt in Westeuropa eine konkrete Gestalt.

Dem Syndikat, das die Ausfuhr des russischen Getreides in die Hände nehmen wird, schlossen sich so solide englische Unternehmen, wie die „Cooperative Wholesale Society" und die Schiffahrtsgesellschaft „Furness Withy" an. Die führenden englischen Banken gewähren dem Syndikat einen Kredit in der Höhe von einer Million Pfund Sterling. All dies gestattet uns, den Londoner „Getreidevertrag" zwischen den wirtschaftlichen Organisationen der Sowjetregierung und den englischen Exporteuren als ein ernstes und wichtiges Unternehmen zu betrachten, das nicht nur für die Sowjet-Union und England, sondern auch für ganz Europa große wirtschaftliche Folgen haben wird.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Londoner Vertrages steht außer jedem Zweifel. Das russische Getreide gibt der englischen Industrie einen unmittelbaren Antrieb zur Erhöhung der Produktion und öffnet zugleich die Grenzen der Sowjet-Union für die Einfuhr ausländischer Industrieartikel, worin Rußland nicht geringen Bedarf hat. Zugleich verbessern sich die Aussichten auf dem Gebiet der englischen Arbeitslosigkeit. Endlich, wie die Londoner Handelspresse mit Recht bemerkt, bedeutet die Ausfuhr des russischen Getreides einen Schritt, das frühere Gleichgewicht des europäischen Marktes wiederherzustellen, indem sie die Abhängigkeit Europas von der landwirtschaftlichen Produktion Amerikas verringert.

Aber der Londoner Vertrag wird auch rein politische Folgen haben. Es ist kein Geheimnis, daß das berühmte Ultimatum Curzons, das unlängst einen völligen Bruch zwischen Rußland und England herbeizuführen drohte, hauptsächlich das Resultat des Feldzuges einer einflußreichen Eigentümer-Clique, mit Urquhardt an der Spitze, gegen unser Außenhandelsmonopol darstellte. Diese Clique stellte sich das Ziel, Verhältnisse zu schaffen, unter denen die Magnaten der englischen Industrie ihre Operationen auf dem russischen Markte unmittelbar mit

unseren Privateigentümern, den Nep-Leuten, hätten durchführen können. Es ist ohne weitere Begründung begreiflich, wie teuer ein solcher Zustand unserer Republik in außenpolitischer Hinsicht zu stehen gekommen wäre. Aber man stimmt jetzt in London ein anderes Lied an. Die einflußreiche konservative Zeitung „Observer" gelangt nach einer Besprechung des Getreideausfuhrvertrages zu der Schlußfolgerung, daß es notwendig sei, sich mit dem Außenhandelsmonopol als mit einer unvermeidlichen und unbekämpfbaren Tatsache abzufinden. Die Zeitung erklärt, daß die Eigentümlichkeiten der russischen Wirtschaftslage in London in Rechnung gezogen werden müssen, und betont, daß Rußland keine Kolonie ist, mit der man mittels gewaltsamen Eindringens in ihre Märkte Handel treiben könnte. Diese Kommentare sind äußerst bemerkenswert. Den Leuten, die gegen unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit den Kampf aufnehmen zu können glaubten, zeigte der Londoner Vertrag ein ganz entgegengesetztes Resultat als sie erwartet hatten. Statt des Zusammenbruches des Außenhandelsmonopols wurde die Front der Feinde des Monopols durchbrochen.

Arbeiterbewegung

Die Offensive des Kapitals und die Kommunistenverfolgungen in Australien.

Von W. E. Earsman.

** In den letzten zwei Jahren sind die Kapitalisten mit ihrem Angriff auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter in den australischen Schlüsselindustrien, besonders bei den Bergarbeitern und den Transportarbeitern, nicht vorwärtsgekommen. Die letzten Monate blieben von jedem Kampf verschont. Doch dies war nur eine Atempause, während der die Kapitalisten sich zu einem neuen Angriff rüsteten. Aber auch die Arbeiterbewegung stand nicht still und verstärkte ihre Abwehrmittel. Dies gilt insbesondere für die Kommunistische Partei, die durch praktische Anwendung der Einheitsfronttaktik ihre Kräfte sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete steigerte.

Die Gewerkschaften haben bisher mit den Kommunisten glänzend zusammengearbeitet, und als Ergebnis dieses Zusammenarbeitens ergab sich die Aufnahme der Kommunistischen Partei in die Labour Party. Daß diese Aufnahme erfolgt ist, war von großer Bedeutung.

Im Juli dieses Jahres beschlossen die Bergwerksbesitzer von Neu-Südwales, einen gemeinsamen Schlag gegen die Bergarbeiterschaft zu führen, um nicht nur ihren Widerstand, sondern auch ihre Organisation gründlich niederzuschlagen. Sie führten diesen Angriff jedoch nicht mit offenem Visier, d. h. nicht unmittelbar gegen die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter, sondern täuschten in der Oeffentlichkeit andere Kampfziele vor, um zu ihrem eigentlichen Ziele zu gelangen. Zu jener Zeit schwebte eine ganze Reihe von lokalen Konflikten mit den Bergarbeitern, wie dies im kapitalistischen Bergbau gar nicht anders sein kann. Diesen Anlaß benutzten die Bergwerksbesitzer, um mit der Forderung hervorzutreten, daß in ihrer Industrie Arbeitsfriede herrschen müsse. Und zur Erreichung dieses Zieles stellten sie eine ganze Reihe von Bedingungen, u. a. auch die, daß alle Leute, die als „Rote" und Mitglieder der Kommunistischen Partei bekannt seien, aus der Industrie auszuscheiden hätten. Die organisierte Bergarbeiterschaft lehnte jedoch die Annahme dieser Bedingung, und insbesondere die geplanten Maßregelungen ihrer Arbeitskollegen ab. Als Antwort auf diese Ablehnung beschlossen die Bergwerksbesitzer die Stillegung ihrer Betriebe.

Die Aussperrung dauerte mehrere Wochen. Während dieser Zeit versuchten die Gewerkschaftsführer wiederholt die Herbeiführung eines Kompromisses. Doch die Arbeiter wollten davon nichts wissen. Die Kommunistische Partei unterstützte die Bergarbeiter aktiv in ihrem Kampfe und forderte von den Gewerkschaftsführern die Ausrufung eines Generalstreiks. Statt jedoch auf diese Forderung einzugehen, benutzten einige Gewerkschaftsbeamte die Gelegenheit, um die wütendsten und gemeinsten Angriffe gegen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zu richten. Sie behaupteten, daß diese Angriffe im Interesse der Einheitsfront geschehen müßten.

Zu der Zeit, da der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hatte, war ein Regierungsagent an ein Mitglied der Kommunistischen Partei herangetreten, und hatte ihm 500 Pfund angeboten, wenn er für die Wiederaufnahme der Arbeit einträte und gegen die Kommunistische Partei öffentlich vorginge. Dieses Mitglied sprach aber nicht nur mit dem Regierungsagenten, sondern verhandelte auch eingehend über die Sache mit dem nationalistischen Abgeordneten und Kabinettsminister Weaver. Dieser machte den Vorschlag, man müsse in der Oeffentlichkeit erklären, daß die Kommunistische Partei den Streik der Bergarbeiter finanziere und das Geld hierzu von Moskau überwiesen erhalte. Doch der saubere Plan schlug fehl. Hierauf versuchten die Regierung und die Bergwerksbesitzer eine andere Kampfestaktik. Sie gingen zum offenen Angriff gegen die Kommunistische Partei und ihre Mitglieder vor.

Während dieser Zeit entfaltete die Kommunistische Partei unter den Arbeitslosen, deren Zahl täglich weiter wuchs, eine lebhafte Tätigkeit. Sie faßte die Arbeitslosen zusammen und unterstützte sie in ihren Forderungen an die Regierung. Da der Zusammentritt des Parlaments bevorstand, faßte die Partei im Einvernehmen mit dem Labour Council (Arbeitskammer) den Beschluß, am Eröffnungstage vor dem Parlamentsgebäude eine Massendemonstration zu veranstalten. Es handelte sich dabei keineswegs um einen Geheimplan, denn die Absicht war eindeutig und klar in allen Zeitungen bekanntgegeben worden. Auch hatten die Behörden keinerlei Einwendungen gegen den Plan erhoben. Es schien also, als ob alles glatt, vielleicht gar mit Erfolg für die Arbeitslosen verlaufen würde. Doch die Regierung und die Polizei hatten es anders beschlossen.

Als die Demonstranten vor dem Parlamentsgebäude anlangten, und mehrere Redner zu der Masse sprechen wollten, sprengte plötzlich Polizei heran, und wollte die Massen vom Platz vertreiben. Diese ließen sich das nicht gefallen. Dieser Widerstand gab dann der Polizei den gewünschten Vorwand zum gewaltsamen Vorgehen gegen die Arbeiter. Auf einmal erschienen Lastkraftwagen, die mitten durch die angestauten Menschenmassen durchfuhren, um zu verhindern, daß sie die Worte des Redners hörten. Die Meinung, daß es sich um ein zufälliges Ereignis handele, wurde bald gründlich widerlegt durch die Tatsache, daß binnen kurzer Zeit etwa fünfzig Lastkraftwagen hintereinander folgten, und diese zum Teil 3 bis 4 mal immer wieder durch die Menge hindurchfuhren.

Doch auch mit dieser Provokation hatte die Polizei keinen Erfolg. Sie änderte deshalb abermals ihre Taktik und schritt nunmehr zur Verhaftung der Redner. Zehn hervorragende, tätige Kommunisten wurden festgenommen und mit einer Anzahl Gewerkschaftsbeamten ins Gefängnis abgeführt. Seitdem dauert die Verhaftungskampagne der Polizei immer weiter an, und täglich wandert eine Anzahl von Kommunisten und radikal gesinnter Arbeiter in den Kerker. Die zuletzt Verhafteten sind zwei Mitglieder der Labour Party-Fraktion im Parlament.

Damit hat die Kommunistische Partei Australiens ihre Feuertaufe erhalten. Die australischen Arbeiter erleben jetzt den Anfang derselben Gewaltmaßnahmen, die die europäischen Arbeiter schon all die Jahre hindurch erdulden mußten. Der Kampf mit dem Kapital hat begonnen. Er wird lang und bitter sein. Allein das australische Proletariat wird ihn mit Hilfe der Kommunistischen Partei ehrenvoll bestehen und ihn zum Ausgangspunkt seines Befreiungskampfes machen.

Aus der Internationale

Die Geburt der Kommunistischen Partei in Norwegen.

Von O. W. Kuusinen.

** Jetzt, nach einem langjährigen Entwicklungsprozeß, ist in Norwegen endlich eine wirkliche Kommunistische Partei geboren worden. Die erste internationale Sturmwelle der proletarischen Revolution (vom Jahre 1917 bis 1920) machte sich auch in der norwegischen Arbeiterbewegung fühlbar. Eine halbsyndikalistische, halbrevolutionäre „Gewerkschaftsopposition", die bis dahin wenig Boden gewonnen hatte, errang jetzt viele Erfolge in ihrem Kampfe gegen die alte reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Zu gleicher Zeit gewann in der Sozialdemokratischen „Arbeiterpartei" Norwegens die linke Strömung unter Führung des talentvollen **Kyrre Grepp** entschieden die Oberhand. Die Partei schloß sich bald der K.I. an, und nur eine kleine Gruppe des äußersten rechten Flügels spaltete sich ab. Die Mehrzahl der opportunistischen Führer rettete sich durch ihre Mitläuferschaft mit der linken Strömung, ohne ihren sozialdemokratischen Standpunkt wesentlich zu ändern, so z. B. der Gewerkschaftsführer **Lian** und der Parteiveteran **Knudsen.**

Den Wendepunkt in dieser Periode bildete in Norwegen der Generalstreik 1920, den Lian durch geheime Verhandlungen mit den Arbeitgebern sehr geschickt zu baldigem Scheitern brachte. Jetzt begann die schwierige Phase des Geburts-

prozesses der Kommunistischen Partei. Die der K.I. angeschlossene N.A.P. war, trotz der revolutionären Phraseologie ihrer programmatischen Resolutionen, von der Eigenschaft einer Kommunistischen Partei noch weit entfernt. Sie war aus dem Grunde, daß ihre Mitglieder nicht individuell, sondern kollektiv durch ihre entsprechenden Gewerkschaften der Partei angehörten, organisatorisch durchaus unentwickelt und unselbständig; sie war eher ein politischer Klub der gewerkschaftlichen Organisationen als eine festgefügte Partei. Politisch war sie auch heterogen, ohne Rückgrat und ohne Gleichgewicht. Mindestens drei verschiedene Urbestandteile konnte man in ihr unterscheiden. Erstens gab es in ihr bewußte Anhänger des Kommunismus, an deren Spitze nach dem bald darauf erfolgten Tode von Kyrre Grepp, **Schefflo** in der Partei und **Arwid Hansen** sowie **Eugen Claussen** im Jugendverband standen. Zweitens gab es eine halbsyndikalistische, halbrevolutionäre Mischung, mit Martin **Tranmael** an der Spitze, der aus der Schule der amerikanischen I.W.W. hervorgegangen und dann in der norwegischen Partei als Agitator gearbeitet hatte. Und zuletzt war in ihr eine dicke Schicht von ganz gewöhnlichem sozialdemokratischen Reformismus zu finden. Zu einem gewissen Teil zählte der bekannte Professor **Bull** zu der letzten Richtung, und zu einem gewissen Teil war er geistig verwandt mit einer neuen, vierten Richtung, die vertreten wurde durch eine Gruppe jüngerer radikaler Akademiker, die sich bald um die Zeitschrift „Mot Dag", unter Führung eines amerikanischen politischen Schiebers, **Falk**, scharten. In dieser Gruppe konnte man sogar die Wurzeln einer faschistischen Ideologie in unbewußtem embryonalem Zustande feststellen.

Unter diesen verschiedenartigen Tendenzen entwickelte sich ein Ringen um die Hegemonie. Zuerst wurde die Leitung der Gewerkschaften von den Kommunisten angegriffen, und zwar aus dem Grunde, weil sie noch immer dem Amsterdamer Gewerkschaftsbunde angehörte, obgleich die Mehrheit des Gewerkschaftskongresses im Jahre 1920 für die proletarische Diktatur und das Rätesystem gestimmt und Vertreter zum 2. Kongreß der K.I. delegiert hatte. **Lian, Halvard Olsen** und **Tranmael**, von denen der erstere damals noch Mitglied des leitenden Büros des Amsterdamer I.G.B. war, wurden im November 1921, zusammen mit **Schefflo,** zur Beratung nach Moskau gerufen. Hier legten sie ihr Einverständnis mit einem Aufruf des E.K. der K.I. an die norwegischen Arbeiter für den Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale schriftlich nieder. (Olsen blieb auch dieser Verbindung treu, während Lian und Tranmael den Anschluß später sabotierten.)

Lian und Tranmael fanden richtig im folgenden Jahre zueinander. Lian reiste als Vertreter der kapitalistischen Regierung Norwegens zur Konferenz nach Genua, was die Exekutive nicht ohne Bemerkung vorübergehen lassen konnte. Tranmael wieder zeichnete sich als Redakteur des Zentralorgans der Partei in sehr eigentümlicher Weise aus. Nicht einmal den Namen der Zeitung — die noch immer „Socialdemokraten" hieß — wollte Tranmael, trotz wiederholtem Drängen der Exekutive, ändern. Der Inhalt der Zeitung entsprach auch oft im Grunde genommen ihrem Namen. So z. B. in der Frage der Einheitsfront, der Tranmael anfangs linkisch widerstrebend gegenüberstand, schwenkte er bald um zu grob opportunistischen „Sammlungs"-Diskussionen mit den rechtssozialistischen Führern. Außerdem stellte Tranmael seine Zeitung einem ständigen bürgerlichen Mitarbeiter zur Verfügung, der auch auf seine Art ein Vorkämpfer des norwegischen Faschismus war, und der berufsmäßig die Beschmutzung der K.I. und Sowjetrußlands betrieb.

Als die Exekutive in ihrem Briefe vom September 1922 diese Dinge kritisierte, begann Tranmael in der Partei alle offenen und verkappten Gegner der K.I. um sich zu sammeln.

Das Ausschlaggebende wurde aber die Frage der organisatorischen Entwicklung der Partei. Die Exekutive machte die Partei auf die Notwendigkeit eines allmählichen Uebergangs zur individuellen Mitgliedschaft und einer festeren Zentralisation aufmerksam. Dies war gegen die föderalistischen Tendenzen, die Tranmael vom Syndikalismus ererbt hatte. Er war in seinem Innern gegen eine festgefügte selbständige politische Partei überhaupt. Seinem Ideal entsprach scheinbar eine Art Labour Party, eine allgemeine lose, politisch verschwommene Klassenorganisation, durch tausend organische Bande verwachsen mit der mütterlichen gewerkschaftlichen „One Big Union". Mit diesem syndikalistischen Föderalismus Tranmaels konnten die verkappten Sozialdemokraten, ebenso gut wie alle anderen kleinbürgerlichen Elemente in der Partei, zu einem Kompromiß und Bündnis gelangen, weil sie alle gegen die Entwicklung der Partei zu einer organisch starken Führerin des Proletariats waren. Im Grunde genommen handelte es sich um die **Rolle der revolutionären Arbeiterpartei.** Die kommunistische — „und revolutionäre" — Bestrebung Tranmaels war geeignet, als Basis für einen Block der verschiedenen bewußten und unbewußten Gegner des Kommunismus zu dienen. So bildete sich dieser Block im Herbst 1922, was andererseits die kommunistischen Elemente veranlaßte, sich zu einer Fraktion zusammenzuschließen. Die Tranmaelsche Leitung in dem antikommunistischen Block war für die Aussichten der Kommunisten durch die verschwommene Phraseologie dieses Gefühlsrevolutionärs sehr gefährlich. Er bildete sich ein, ein echter Revolutionär der Tat zu sein. Er ist immer gerne bereit, die kommunistische Stellungnahme „von links" aus zu kritisieren. Unter den ökonomisch und politisch wenig entwickelten Verhältnissen Norwegens war es vielen Arbeitern sehr schwer, zu erkennen, daß diese Phrasen in der Tat eine ständige Sabotage des revolutionären Klassenkampfes und der revolutionären Parteientwicklung maskierten. Lian und Bull und andere Reformisten waren sich dessen bewußt, dabei aber klug genug, um in ihrem gemeinsamen gemischten Chor bei gewissen Punkten zu schweigen und — Tranmael Solo singen zu lassen.

Der IV. Weltkongreß der K.I. hieß einstimmig die bisherige Haltung der Exekutive in der norwegischen Frage gut, und in gleichem Sinne formulierte der Kongreß in seinem Beschlusse mehrere ganz einfache praktische Aufgaben, die die N.A.P. ausführen sollte, und die so wohlbegründet waren, daß nicht einmal die Vertreter des Tranmaelschen Blockes es für notwendig hielten, gegen diesen Beschluß zu stimmen. Tranmael selbst war, trotz mehrerer Einladungen der Exekutive, nicht zum Kongreß erschienen.

Jetzt stand Tranmael in seinem Innern vor der endgültigen Entscheidung: für oder gegen den Kommunismus. Es scheint ihn keinen langen inneren Kampf gekostet zu haben. Schon zwei Wochen nach dem Weltkongreß konnte man das Resultat sehen: ohne einen kleinsten Versuch der Verhandlungen mit der Exekutive, ohne ein Wort im voraus mitzuteilen, drückte er in der Parteizentrale einen Mehrheitsbeschluß für den **Austritt aus der Kommunistischen Internationale** durch! In erstaunlich raschem Tempo war er von bösen Geistern überwältigt worden: noch vor einem halben Jahre hatte er, als treuester Jünger der K.I., dem Kommunismus ewige Treue geschworen — jetzt war er bereit, seinen Meister zu verleugnen.

Das geschah im Dezember, nur anderthalb Wochen früher, als Frossard in Frankreich die Komintern verließ. Die Exekutive der K.I. wollte aber Tranmael nicht ohne weiteres verlassen. Tranmael bedeutete, trotz allem, noch immer, wie Genosse Sinowjew sich ausdrückte, Kapital in der norwegischen Arbeiterbewegung. Es war klar, daß bedeutende Arbeitermassen bis auf weiteres ihm folgen würden. Im Interesse des gemeinsamen Kampfes der revolutionären Arbeiter in Norwegen fühlte die Exekutive sich verpflichtet, nichts zu unterlassen, was zur Zurückgewinnung Tranmaels für den Kommunismus und zur Wiedervereinigung der Fraktionen Tranmaels und Schefflos getan werden konnte. Im Januar dieses Jahres gelang es dem Genossen **Radek,** als Vertreter der K.I., im Plenum des Parteivorstandes die einstimmige Annullierung des Dezemberbeschlusses zu erzielen. Diesem taktischen Rückzuge des antikommunistischen Blocks folgte aber bald eine systematische Hetze gegen die Komintern von dieser Seite, die vor allem von den bösen Geistern Tranmaels — Bull, Falk, Lian — geleitet wurde. Auf dem Parteikongreß im März erhielt dieser Block eine Mehrheit von 2 Stimmen und nützte diese Mehrheit zur Verbannung des Einflusses der kommunistischen Fraktion in den wichtigsten Organen der Partei rücksichtslos aus. Die Bestrebungen zum offenen Bruch mit der K.I. wurden jedoch durch die Vertretung der Exekutive (mit Genossen Bucharin an der Spitze) zum Scheitern gebracht, aber alle Vermittlungsversuche zur Beseitigung des Fraktionskampfes wurden vom Mehrheitsblock unmöglich gemacht.

Da seitens des norwegischen Mehrheitsblocks im Kampfe gegen die Beschlüsse der K.I. über den Zentralismus in der K.I. viel Lärm gemacht worden war, wurde eine Aussprache über dieses Thema mit den skandinavischen Genossen auf die Tagesordnung der Erweiterten Exekutive gestellt. Tranmael erschien mit dem Schieber Falk als Sekundanten. Von den Kommunisten kamen Schefflo und Furubot. In endlosen Sitzungen, in Plenaren, Kommissionen und Unterkommissionen wurde mit Tranmael verhandelt. Mit herzlich geringem Resultat. In allen Kernfragen zeigte er sich dem kommunistischen Standpunkte gegenüber verständnislos und bepanzert. Die

wichtige Losung der Arbeiter- und Bauernregierung stieß auf die versteinerte Wand seiner syndikalistischen Vorurteile. Dafür verteidigte er gemeinsam mit den schwedischen Genossen Hoeglund und Ström (und Herr Falk selbstverständlich auch!) den ungestörten Genuß des religiösen Opiums für das arme Volk und für . . . . . arme „marxistische" Parteiführer.

Unter solchen Umständen forderten schon mehrere von den wichtigsten Sektionen der K.I., daß den norwegischen Mehrheitsvertretern klipp und klar die Frage über das Verhältnis zur K.I. und zum Kommunismus gestellt werden sollte. Dank des Einflusses der russischen Delegation in der Erweiteren Exekutive wurde jedoch auch diesmal der Weg des Entgegenkommens und der Zugeständnisse beschritten, obgleich die Aussichten des Erfolges auf diesem Wege nur noch sehr minimal waren. So wurde in der Resolution der Erweiterten Exekutive von der N.A.P. die Anwendung der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung nicht für sofort gefordert, sondern diese Frage zur Parteidiskussion gestellt und der Entscheidung des kommenden Parteikongresses aufgetragen.

Durch dieses Entgegenkommen wurden unsere Gegner in Norwegen nur zu einer gesteigerten Hetze gegen die Beschlüsse der K.I. ermutigt. Nach einer gründlichen Artillerievorbereitung in der Presse und in den Organisationen beriefen sie ganz unvermittelt den außerordentlichen Parteikongreß ein. Dort sollten nach ihrem Plan erstens die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive betreffs der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung und der Religionsfrage abgelehnt werden, zweitens sollten die sich in der Leitung der Gewerkschaft befindenden Parteimitglieder bevollmächtigt werden, den Anschluß an die Profintern zu sabotieren, drittens sollte die Reorganisation der Partei in der Richtung erfolgen, daß ihre Entwicklung in der Kommunistischen Partei ein für allemal unmöglich gemacht wird, viertens sollte der Jugendverband, in dem die Kommunisten neun Zehntel Majorität besitzen, durch disziplinarische Maßregelungen unterdrückt werden, und fünftens endlich sollten politische Richtlinien — diktiert von einem syndikalistisch-reformistischen Widerstand gegen die proletarische Revolution — zur Annahme gebracht werden. Die Beziehungen zwischen K.I. und Partei sollten — nach dem Plane des Mehrheitsblocks — durch diesen Kongreß noch nicht formell gebrochen werden. Einige konkrete Beispiele zeigten, daß der Mehrheitsblock zuerst von den leitenden Genossen der kommunistischen Fraktion einen nach dem andern aus der Partei ausschließen wollte. Erst nachdem so die Avantgarde des Kommunismus zermürbt gewesen wäre, hätten sie die Zeit für gekommen gehalten, mit der K.I. endgültig zu brechen.

Die Ausführung eines derartig sauberen strategischen Planes mit gefalteten Händen anzunehmen, war für die Exekutive der K.I. unmöglich. Ebenso wenig konnte die Fraktion unserer Freunde in Norwegen eine solche Vernichtung der kommunistischen Bewegung dulden. Dieser Vortrupp des Kommunismus war im Laufe der letzten Jahre innerlich befestigt und aktivisiert worden. Er hatte in sich die Reste des Reformismus, wie die der linken Kinderkrankheit, mit Erfolg überwunden. Er hatte die meisten Industriezentren des Landes (Bergen, Trondjhem, Bezirk Buskerud usw.) erobert. Er hatte die drei größten Gewerkschaftsverbände (unter ihnen die Metallarbeiter), für sich gewonnen. Er hatte die Jugendbewegung auf seiner Seite. Er hatte auch die Leitung und Mehrheit der Parlamentsfraktion, er hatte die Mehrzahl der Parteizeitungen (etwa 15) in seinen Händen. Er hatte einen Stab von tüchtigen, im politischen Kampfe geschulten Führern, die zur Führung einer Kommunistischen Massenpartei fähig und jetzt auch bereit waren. Dieser kommunistische Trupp wollte vorwärts marschieren und nicht vor den Gegnern des Kommunismus kapitulieren. Er forderte von der Exekutive eine klare Fragestellung auf dem Parteikongreß der N.A.P. Die Exekutive hätte sicherlich falsch gehandelt, wenn sie dieser Aufforderung nicht Folge geleistet hätte.

Der Weg war also klar: die Exekutive mußte, wie sie auch tat, den Mehrheitsblock der N.A.P. auffordern, sich unzweideutig für oder gegen die Kommunistische Internationale zu entscheiden. Der Vorschlag der Exekutive enthielt das Minimum, was von jeder Sektion gefordert werden muß: die Anerkennung und loyale Ausführung der Beschlüsse der K.I. Sollte noch die geringste Möglichkeit vorhanden sein, daß Tranmael sich zum Kommunismus bekehren wollte, so konnte er das noch jetzt tun und sich der internationalen Disziplin unterwerfen; wenn nicht, so mußte jetzt und nicht später die wirkliche Kommunistische Partei Norwegens geboren werden.

Noch auf dem Kongreß selbst versuchte die Exekutive durch ihren Vertreter, Genossen **Hoernle**, Tranmael die Entscheidung für das kommunistische Lager zu erleichtern. Er aber zog es vor, zu desertieren, und zwar ohne Zweifel in dem Bewußtsein, daß er unte der Fahne der K.I. verpflichtet sein würde, für die proletarische Revolution zu kämpfen und nicht nur Musik zu machen.

Mit 169 gegen 103 Stimmen wurde der Vorschlag der Exekutive abgelehnt. Tranmael mit seinen bösen Geistern war aus der K.I. geflogen. Die Minderheit konstituierte sich, ohne einen Augenblick zu schwanken, als Gründungsparteitag der Norwegischen Kommunistischen Partei.

Die junge Partei hat schon heute ungefähr 15 000 Mitglieder. Vorsitzender der Parteizentrale ist der erprobte Genosse **Stöstad**, Vizevorsitzender **Halvard Olsen**, Redakteur des Zentralorgans Genosse **Schefflo**, Parteisekretär Genosse **Furubot**. Das neue Zentralorgan erscheint schon in Kristiania und heißt **„Kommunistbladet"**.

Wir begrüßen mit Begeisterung die Hoffnung der norwegischen Arbeiterklasse!

Die Reichskonferenz der KPTsch. an die KP. Bulgariens!

** Die am 20. und 21. Oktober 1923 in Kladno tagende Reichskonferenz der KPTsch. übermittelt dem revolutionären Proletariat und der revolutionären Bauernschaft Bulgariens ihre brüderlichen Kampfesgrüße.

Mit Bewunderung und tiefster Teilnahme verfolgte das tschechische Proletariat den heldenmütigen Kampf der bulgarischen Arbeiter und Bauern gegen die faschistischen Banden der bulgarischen Bourgeoisie.

Mag auch dieser erste Kampf unserer bulgarischen Bruderpartei mit einem Siege der faschistischen Banden der bulgarischen Bourgeoisie geendet haben — der Mißerfolg von gestern wird der Sieg von morgen sein.

Die KPB. hat in diesem Kampfe gezeigt, daß die ganze revolutionäre Tradition der vergangenen Jahrzehnte in ihr lebendig geblieben ist. Sie hat dies nicht nur dem internationalen Proletariat, sondern auch der gesamten bulgarischen Arbeiter- und Bauernschaft gezeigt, an deren Spitze sie vielleicht morgen schon den siegreichen Kampf wieder aufnehmen wird.

Die KPTsch. begrüßt ihre bulgarische Bruderpartei und die Bürgerkriegssoldaten der bulgarischen Revolution, und sie wird neben den großen Aufgaben, die der Kampf des deutschen Proletariats an die KPTsch. stellt, nicht vergessen, durch aktive und praktische Solidarität mitzuhelfen an der Neuformierung der Kampfkaders der KPB. der bulgarischen Arbeiter und Bauern.

Die KPTsch. wird es für ihre Ehrenaufgabe halten, alle ihre Hilfskräfte zu mobilisieren, um den Tausenden von Eingekerkerten und Emigranten und deren Hinterbliebenen wie den Witwen und Waisen der auf den Barrikaden Gebliebenen zu helfen und sie vor der brutalen Vernichtungs- und Verfolgungswut der bulgarischen Bourgeoisie zu schützen.

Kein leerer Protest, sondern aktive internationale Solidarität durch reale praktische Hilfeleistung, daß sei unser Gruß an die bulgarischen Arbeiter und Bauern.

Es lebe die KPB! Es lebe die revolutionäre Arbeiter- und Bauernschaft Bulgariens!

Es lebe die aktive praktische internationale Solidarität!

Zu neuen Kämpfen!

Deutschlandhilfe

Einladung zum Hungerhilfskongreß für Deutschland.

** Das unterzeichnete Komitee ladet alle Behörden, Organisationen, Komitees, Gruppen und Personen, die den Kampf gegen die Not und den Hunger in Deutschland aufgenommen haben, zu einem **Internationalen Kongreß** nach Berlin ein.

Dieser Kongreß wird einen weithin hörbaren Appell an alle Menschenfreunde erlassen und helfen, neue Kreise für die so notwendige Hilfsaktion zu gewinnen. Gleichzeitig wird der Kongreß darüber beraten, welche zweckmäßige Formen des Zusammenarbeitens zwischen den einzelnen Hilfskomitees bei

den Sammlungen in den verschiedenen Ländern und bei dem Liebeswerk in Deutschland gefunden werden können.

Als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Die wirtschaftliche Not der Schaffenden und anderer Kreise in Deutschland.
2. Die verzweifelte Lage Millionen deutscher Kinder.
3. Die Berichte der einzelnen Organisationen und Komitees über ihre Hilfstätigkeit.
4. Wie weit ist ein Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Gruppen in den verschiedenen Ländern und in Deutschland möglich?

Der Kongreß findet statt am Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr in Berlin (Reichstagsgebäude).

Anmeldungen, Zuschriften, Vorschläge für die Tagesordnung usw. bitten wir zu richten an unsere Zentralstelle in Berlin, Unter den Linden 11.

Um eine pünktliche Zustellung der zur Beteiligung am Kongreß berechtigenden Kongreßkarte zu garantieren, bitten wir um eine frühzeitige Anmeldung der Delegierten.

Wir sind überzeugt, daß alle Organisationen und Komitees, die im Jahre 1921 unserem Rufe zu einem Internationalen Kongreß folgten, auch unserer heutigen Einladung Folge leisten.

Für das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe.

Der Generalsekretär: gez. W. Münzenberg.

Rote Hilfe

Die „Rote Hilfe" auf der Wacht!

Von E. Wagner (Moskau).

** In fast allen Ländern der Welt hat der Vormarsch der Reaktion begonnen. Wo die Reaktionäre noch nicht losgeschlagen haben, dort bereiten sie fieberhaft ihre Offensive vor. Wo es ihnen gelungen ist, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, haben sie ein Regime des furchtbaren Terrors errichtet. Man sehe nur nach Spanien, Italien und Bulgarien! Aber auch in anderen Ländern wütet in offener oder versteckter Form der Weiße Terror, selbst in einem so „zivilisierten" und „demokratischen" Lande wie Amerika. Ueberall sind die Gefängnisse voll politischer Gefangener, von denen viele schon seit Jahren hinter Kerkermauern schmachten.

Deutlicher als je zeigt sich heute die Notwendigkeit einer international organisierten Roten Hilfe. Es müssen in den Zeiten der Ruhe und dann während der Kämpfe in den nicht vom Kampf betroffenen Ländern Mittel gesammelt werden, die jeder Zeit einen ausreichenden Hilfsfonds repräsentieren. Da das Zentralkomitee der **Internationalen Roten Hilfe** nach diesem Grundsatz bisher gearbeitet hat, war es ihm nicht nur möglich, in den letzten sieben Monaten ansehnliche Beträge an die einzelnen Länder abzuführen, sondern es verfügt auch noch über einen beachtenswerten Stammfonds für weitere Ausgaben.

In den Monaten März bis Oktober d. J. wurden insgesamt 33 140 Dollar und 3000 Franken zur Unterstützung der proletarischen Klassenkampfopfer abgeführt. Auf die einzelnen Länder entfallen folgende Summen: Deutschland 3150 Dollar und 3000 Franken, Oesterreich 350 Dollar, Italien 4000 Dollar, Polen 4000 Dollar, Litauen 1000 Dollar, Lettland 240 Dollar, Estland 400 Dollar, Rumänien 750 Dollar, Finnland 250 Dollar, Jugoslawien 250 Dollar, Türkei 250 Dollar, China 1000 Dollar, Japan 5000 Dollar und Bulgarien 12 500 Dollar.

Diese bedeutenden Summen konnten natürlich nur aufgebracht werden, indem das Zentralkomitee der Internationalen Roten Hilfe eine sehr aktive und energische Agitation entfaltete, und die einzelnen Länder selbst alles taten, was in ihren Kräften stand. So hat zum Beispiel **Italien** die Hilfe des Zentralkomitees nur relativ gering beansprucht und Millionen von Lire durch eigene, spontan entstandene Lokalkomitees aufgebracht. Ebenso hat **Frankreich** seine Klassenkampfopfer bisher nicht nur aus eigener Kraft unterstützt, sondern beginnt jetzt schon, Mittel an das Zentralkomitee abzuführen. Auch **Deutschland** hat nur eine verhältnismäßig kleine Unterstützung empfangen und seine gewiß nicht geringe Zahl politischer Gefangener selbst unterstützt. Das Hauptreservoir für die Sammlungen der Roten Hilfe mußten natürlich die Länder bilden, die gar nicht oder nur wenig in unmittelbarem Klassenkampf stehen. Und da ist das russische Proletariat an erster Stelle zu nennen. Wann auch immer die Internationale Rote Hilfe zur Sammelaktion für die Opfer der Weltreaktion aufrief — stets erschien Sowjetrußland zuerst auf dem Plan.

An dieser internationalen Solidarität mit den proletarischen Klassenkampfopfern haben es leider einzelne Länder noch fehlen lassen. Amerika, England, die nordischen Staaten und die Tschechoslowakei fehlen mehr oder weniger. Und gerade in diesen Ländern gibt es nur wenig politische Gefangene, und die wirtschaftlichen Verhältnisse ermöglichen dort eine höhere Sammeltätigkeit. Die Proletarier dieser Länder müssen dem russischen Beispiel nachahmen und in Zukunft größere solidarische Opfer aufbringen. Die Internationale Rote Hilfe ist in der gegenwärtigen Zeit vor sehr schwere Aufgaben gestellt. Es gilt nicht nur, ungeheure Summen aufzubringen, um die nach Tausenden zählenden proletarischen Opfer der Kämpfe in Bulgarien zu unterstützen. Es müssen auch in der nächsten Zeit für Deutschland große durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, um alle Wunden zu heilen, die der Bürgerkrieg dem Proletariat schlagen wird. So plant die Internationale Rote Hilfe die Hinterbliebenen von Revolutionskämpfern, die Frauen und Kinder von politischen Gefangenen und Flüchtlingen, in allen größeren Städten Deutschlands mit Brot und einem warmen Mittagessen zu unterstützen. Die Internationale Rote Hilfe wird diese und andere Aufgaben, die z. B. auch aus den Kämpfen in Polen erwachsen können, nur erfüllen können, wenn das Proletariat in allen Ländern seine Hilfskräfte mobilisiert. Alle unsere Freunde und Kameraden, alle, die mit unseren Ideen sympathisieren, werden wir in diesen Tagen auf die Schanzen rufen müssen. Jedem, der es mit dem Befreiungskampf der Unterdrückten ernst meint, gilt der Mahnruf der Eingekerkerten: „Das taten wir für Euch — was tut Ihr für uns?!" Daher ist es unser aller Pflicht, mit allen Kräften für die Rote Hilfe einzutreten, damit auch in Zukunft allen eingekerkerten Proletariern in Wirklichkeit Rote Hilfe gebracht werden kann.

Weisser Schrecken

Der Lausaner Mordprozeß gegen Polounine und Conradi.

Von Charles Rappoport (Straßburg).

Vorliegender Artikel des Genossen Rappoport wurde noch vor der Urteilsfällung in dem Worowski-Prozeß geschrieben. Wie zu erwarten war, hat das Bourgeois-Gericht den Mörder des Genossen Worowski, **Conradi,** und seinen Anstifter **Polounine,** freigesprochen. Wir werden auf dieses unerhörte Klassenurteil in einer der nächsten Ausgaben noch zurückkommen. Die Redaktion.

Lausanne, 15. November 1919.

** Die Weltreaktion nimmt ein ganz besonderes Interesse an dem Mordprozeß gegen Conradi. Sie erblickt darin eine günstige Gelegenheit, um in Hunderttausenden von Malen alle Verleumdungen und Esseleien, die sie Tag für Tag gegen den Bolschewismus und den Kommunismus in die Welt setzt, aufs neue zu verbreiten. Die Reaktion weiß ganz genau, daß der Ort dazu sehr gut ausgewählt ist. Lausanne, die Hauptstadt des Kantons Waadt, ist die reaktionärste schweizerische Stadt.

Die Lokalpresse ist eine wahre Fundgrube für Aufreizung zum Bolschewikenmord. Gewiß, sagen die Lausanner Zeitungen nicht rund heraus: „Ahmt Conradis Beispiel nach!" Aber sie tun alles, um die Bolschewiki als ganz gewöhnliche Mordgesellen hinzustellen. Sie drücken ihr Erstaunen darüber aus, daß Worowski das einzige Opfer des gerechten Zornes der Gegenrevolution geworden sei.

Der ganze Prozeß war von vornherein gegen die russische Revolution aufgezogen. Schon die Anklageschrift spricht nur ganz nebenbei und mit sichtlichem Widerstreben von dem Mordverbrechen Conradis. Die ganze Dialektik des Generalstaatsanwalts wandte sich weit weniger gegen den Mörder Worowskis als gegen dessen Opfer, gegen dessen Ideen, und gegen dessen Partei und Staatsordnung, als deren ruhmvolles Opfer er gefallen ist.

Den Gipfel der Lächerlichkeit erklomm der Staatsanwalt aber, als er die auf Ahrens und Diwilkowski abgefeuerten Revolverschüsse als bloße „Mißhandlung" behandelte. Der Staatsanwalt ist ein kleiner, furchtsamer Mensch, der seine kleinbürgerlichen Lausanner Mitbürger, die ihre geistige Nahrung aus der ultra-nationalistischen, ultra-reaktionären und ultra-bürgerlichen Presse des Kantons Waadt beziehen, nicht unnötig gegen sich aufbringen wollte.

Der Plan der Konterrevolution ging darauf hinaus, die erste große proletarische Revolution auf die Anklagebank zu zwängen. Aber schon jetzt kann gesagt werden, daß dieser Plan gescheitert ist.

Ich schreibe diese Zeilen in dem Augenblick, wo Polounines Rechtsbeistand, der Führer der Genfer Faschisten, ein Herr **Aubert,** in das Lausanner Kasino, das aus diesem Anlaß in einen Gerichtssal gegen die Sowjets verwandelt worden war, seine theatralische Entrüstung über das Elend, den Hunger und die Unterdrückung der Arbeiterklasse, der Studenten, kurzum jedermanns in Sowjetrußland hineindonnert. Nur hat dieses furchtbare Losdonnern gestern buchstäblich keine andere Wirkung zu erzeugen vermocht, als daß die große Mehrzahl der Zuhörerschaft, einschließlich des Gerichtsvorsitzenden, der doch immerhin schon an diese Art von Ansprachen gewöhnt ist, eingeschläfert wurde.

Die Klischees der Konterrevolution sind mit der Zeit so hohl und so inhaltlos geworden, daß die Presse des alten Regimes sie schon seit Jahr und Tag immer in derselben Aufmachung servieren muß. Auf den ersten Blick fühlt man die Lüge, die Uebertreibung, das völlige Unvermögen heraus, die Ursachen der russischen Leiden zu begreifen.

Die Anwälte der Nebenkläger, die Herren **Schlenow, Welti** und **Dicker,** hatten auf das interessierte Pathos der Verteidiger der Weißgardisten im voraus geantwortet. Sie haben die furchtbare Verantwortung der Gegenrevolution an dem Märtyrertum des russischen Volkes erneut festgestellt. Die Zeugen **Maffi,** Charles **Rappoport, Smith, Graves, Klutschnikow,** die Generale **Dostowalow** und **Dobrorulski** haben trotz ihrer geringen Zahl im Vergleich zu dem von der Verteidigung aufgebotenen Zeugenheer von Anfang an die vollkommene Inhaltlosigkeit der kindischen und grotesken Fabeln über das luxuriöse Schlemmerleben der Volkskommissare und Sowjetbeamten, sowie über den Terrorismus, die Anarchie und das Räuberunwesen, das nach den Behauptungen der Antibolschewisten in Sowjetrußland herrschen soll, nachgewiesen.

Zur „Anprangerung" des Sowjetregimes haben die Konterrevolutionäre aus Genf, Belgrad, Paris, Berlin und Sofia einen riesigen Apparat aufgeboten. Alle Drückeberger der Gegenrevolution aus aller Herren Länder sind dazu herangezogen worden. Fragebogen wurden an alle Feinde des Bolschewismus und des Sowjetstaates versandt. Man ging zu diesem Zwecke sogar gemäßigte Sozialdemokraten an. Man wollte unbedingt aus allen Blüten, selbst aus den giftigsten, Honig saugen. Doch der größte Trumpf in diesem konterrevolutionären Spiel waren die französischen Schweizer, die einst in Rußland wohnten und durch die Revolution zu Schaden kamen. Es handelt sich dabei um eine Sonderkategorie von Geschäftsleuten, Hauslehrern und Hauslehrerinnen, die durch die Revolution gezwungen wurden, Rußland genau so zu verlassen, wie während des Krieges unzählige Staatsbürger die verschiedenen kriegführenden Länder oft unter noch weit schlimmeren Bedingungen verlassen mußten.

Natürlich waren es nur die Familien der großen Aristokratie, die sich den Luxus erlauben konnten, aus der romanischen Schweiz — die deutsche Schweiz fehlte beim Lausanner Prozeß vollkommen — Lehrer und Lehrerinnen nach Rußland kommen zu lassen. Und wie getreue männliche und weibliche Angestellte beklagen sie das Los ihrer Herrschaft und den Verlust des Paradieses; aus dem sie durch die proletarische Revolution vertrieben wurden. Es besteht in der ganzen romanischen Schweiz eine Vereinigung, die Hunderte von Mitgliedern jener Schweizer umfaßt, die durch die Revolution in ihren Privatinteressen geschädigt wurden, und nun herkamen, um zu erzählen, was sie gesehen, aber niemals verstanden haben. Sie haben die Unordnung, die durch den Bürgerkrieg heraufbeschworen wurde, gesehen, und sie sind darüber entsetzt, verstört, aufgebracht und empört. Und an all diesem sind einzig und allein die bösen Bolschewiki schuld.

Wir wollen ein gewöhnliches Beispiel nehmen, das dem Charakter der weißgardistischen Zeugen gut entspricht. Jemand besucht eine Wohnung am frühen Morgen zur Zeit des Großreinemachens des Hauses. Da gibt es dichte Staubwolken, umgeworfene Tische und Stühle, Wegversperrungen — kurzum, es ist unmöglich, hindurchzukommen. Und der frühe Besucher läuft nun davon, und beklagt sich überall bitter über die Unordnung, die in dem Hause herrscht. Doch wartet nur ein wenig, ihr kleinen, armseligen Bourgeois, bis das Großreinemachen vorüber und das Haus schön sauber ist, die Tische und die Stühle wieder auf ihren Plätzen stehen: dann werdet ihr bestimmt etwas ganz anderes zu sehen bekommen!

Aber das erzähle man den großen Feudalherren, die von „ihren" Gütern vertrieben wurden, den Bankiers, die nicht mehr ihren gemütlichen Spekulationen nachgehen können, den Zeitungsschreibern, denen es untersagt ist, die Hirne ihrer Leser weiter mit Gemeinheiten zu verkleistern, den adligen Vertretern der „Goldenen Jugend" und ihrem nicht minder vergoldeten Lakaientroß, allen großen Mondänen und Demimondänen — und die ganze Gesellschaft wird einem ins Gesicht lachen.

Noch weiß niemand, wie der Prozeß ausgehen wird. Vergessen darf man jedoch nicht, daß zur Verurteilung Polounines und Conradis nach den Gesetzen des Kantons Waadt, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, zwei Drittel der Geschworenen — sechs von neun — notwendig sind, und daß einige zwanzig Geschworene von vornherein wegen Besorgnis der Befangenheit zurückgewiesen wurden. Jeder Geschworene, der des geringsten liberalen oder demokratischen Geistes — von Sozialismus oder Kommunismus gar nicht zu reden — verdächtig war, wurde unbarmherzig von der Geschworenenbank entfernt. So wurde eine siebenmal gesiebte Geschworenenbank zusammengestellt. Das Lausanner Milieu begünstigt den antibolschewistischen Geist. Die Lokalpresse nimmt, wie ich schon bemerkt habe, eine geradezu schändliche Haltung ein. Sie ist in der skandalösesten Weise parteiisch, haßerfüllt, zynisch und provokatorisch.

Darum wäre es ein wahres Wunder, wenn die reaktionäre Geschworenenbank Worowskis Mörder verurteilen sollte. Doch die Freisprechung wird nichts anderes beweisen, als die große Verblendung, von der die reaktionäre Bourgeoisie geschlagen ist.

Dennoch glaubt man allgemein an eine Verurteilung, denn der Skandal eines Freispruches wäre doch etwas zu groß. Vorläufig spricht Herr Aubert noch weiter. Das war sogar für uns selbst eine Ueberraschung. Rechtanwalt Dicker hatte seine Genugtuung darüber ausgedrückt, daß während der Verhandlung nicht von der „Sozialisierung der Frauen" geredet worden ist. Doch der Lausanner Kretin hat in seinem Plädoyer dennoch die „sozialen Weiber" aufmarschieren lassen.

Und dabei beachte man, daß es sich in Rußland nicht mehr um das kapitalistische Regime handelt, während unter diesem in allen großen Städten Tausende von beklagenswerten Frauen, die absolut nicht „liebestoll" sind, die aber nicht Hungers krepieren wollen, ein Requisitionsgut gegen Banknoten von 20, 50 und 100 Franken darstellen. Aber der blöde Aubert spricht gleichwohl in diesem Sinne vom Sowjetsystem, wo die Frauen und Kinder weit mehr geachtet werden, als in allen übrigen Ländern, und wo ich im August 1920 in Petersburg, in Moskau, in Iwanowo-Wossnessensk mit eigenen Ohren aus dem Munde der Frauen die Worte vernahm: „Früher waren wir Sachen, auf denen man herumtrampelte, jetzt sind wir wenigstens Menschen, die man achtet."

Doch es stand geschrieben, daß uns in dem Lausanner Prozeß keine Dummheit und keine Verleumdung erspart bleiben würde. Jeder kämpft eben mit den Waffen, über die er verfügt. Und die Reaktion verfügt nur über Conradis Revolver und über die Dummheit der Lausanner Rechtsanwälte Aubert und Schopfer.

Gegen die große Lüge!

Ein Zeugnis im Worowski-Prozeß.

Von Henri Barbusse.

Infolge Krankheit verhindert, persönlich vor dem Lausanner Schwurgericht in dem Mordprozeß gegen Conradi und Genossen als Zeuge zu erscheinen, hat Henri Barbusse einem der Rechtsanwälte der Nebenklägerin, Genossin Worowski, folgende schriftliche Zeugenaussage zugesandt.

** Ich bitte Sie zunächst, verehrter Herr Rechtsanwalt, mich beim Gerichtshof und seinem Vorsitzenden gütigst entschuldigen zu wollen und diese Entschuldigung sowohl für sich selbst wie für die übrigen Herren Anwälte gelten zu lassen, die die Aufgabe übernommen haben, das Andenken eines edlen Opfers zu verteidigen und alle Urheber seines Todes zu brandmarken. Es ist mir in der Tat unmöglich, mich persönlich nach Lausanne zu begeben; ich bin durch meinen Gesundheitszustand gezwungen, Ihnen die Aussage, um die Sie mich gebeten haben, schriftlich zu überreichen.

Diese meine Aussage bringe ich den Richtern mit Trauer und innerer Bewegung im Herzen, jedoch ohne jeden Haß dar. Und ich bin überzeugt, daß Ihre Aufrichtigkeit wie Ihr Talent die Männer, die in dem feierlichen Gerichtssaal tagen und über eine große, bedeutungsvolle menschliche Sache richten sollen, davon überzeugen werden. Ich empfinde keinerlei persönliche Animosität gegen den Mörder. Ich würde mir selbst zürnen, wenn ich ihm Verwünschungen und Beschimpfungen

an den Kopf werfen würde. Ich betrachte ihn lediglich als das traurige Werkzeug eines Irrtums und einer Lüge, die heute über die Welt hinwegschreitet. Und meinem Empfinden nach haben die Richter in Lausanne weit eher diesen Irrtum und diese Lüge vor der gesamten aufhorchenden Welt abzuurteilen, als den Mann selbst, der nicht mehr aber auch nicht weniger wert ist, als die Waffe, die er zu seiner Tat benutzt hat.

Im Laufe der Gerichtsverhandlung wird sicherlich noch ausgesprochen werden, daß zwischen dem abscheulichen und feigen Mord an Worowski und dem an Jean Jaurès mehr als eine Aehnlichkeit besteht. Jedenfalls steht fest, daß in dem einen wie in dem andern Falle das Verbrechen nicht beschränkt geblieben ist auf die eine Hand, die den Todesstoß geführt hat, und auf das eine Hirn des verirrten und entarteten Menschen, den eines Tages plötzlich die Lust anwandelte, sich zum Henker an einem im öffentlichen Leben stehenden Manne zu erheben, an dessen Identität ihm herzlich wenig gelegen war. Das vorliegende Verbrechen geht weit über diese Hand und dieses Hirn hinaus; man hat es zu suchen in der infamen Idee, die dieses Hirn vergiftet und diese Hand bewaffnet hat.

Worowski ist nicht das Opfer einer persönlichen Rache geworden, sondern — selbst für den Fall, daß sein Mord nicht direkt angezettelt und organisiert worden wäre — vielmehr das Opfer einer vielleicht ohne Beispiel in der Geschichte dastehenden Verleumdungskampagne. Und dieser Umstand erlaubt jedem beliebig ausgewählten Menschen, jedem einfachen Zeugen der Ereignisse sein Urteil über diese Ereignisse abzugeben, ohne sich dadurch anzumaßen, dem Richter oder dem Anwalt vorzugreifen.

Keiner unter den hervorragenden und unbestechlichen Männern, die mit höchster Autorität ausgestattet in diesem Gerichtshof sitzen und an die ich mich hiermit mit aller Bescheidenheit, aber zugleich auch mit aller Inbrunst wende, wird mir gram sein, wenn ich die Frage bis zu den großen sittlichen Ideen emporhebe, die in diesem Augenblick die Zukunft der Völker selbst in Frage stellen. Ich bitte Sie inständig, beachten zu wollen, daß ich weder ein Demagog, noch ein Utopist, noch ein Hetzer bin, der, um Aufmerksamkeit zu erregen, ziel- und zwecklos eine rote Fahne schwingt. Ich bin ein Zeuge in des Wortes verwegenster Bedeutung, und nur geleitet von einem wissenschaftlichen, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Notwendigkeiten streng angepaßten Rationalismus, der nur gegen hohle Phrasen und konventionelle Formeln Abscheu und Haß hegt, üben wir eine unerbittliche Kritik an der alten sozialen Ordnung, aus der naturnotwendig Elend und Mord hervorwachsen müssen, und fordern wir eine radikale Umgestaltung der Regelung der menschlichen Angelegenheiten. Wir sind der Auffassung, daß die soziale Ordnung in Zukunft auf den Menschenmassen selbst, auf dem Volkstum, aus dem jede wirkliche Produktion hervorgeht, beruhen muß, daß die ausschließliche Reglementierung der Arbeit durch die Arbeiter selbst zum organischen Gesetz der Kollektivität erhoben werden muß, und daß schließlich ein absoluter Internationalismus an die Stelle des barbarischen und grausamen Gegensatzes der waffenstarrenden nationalen Blocks treten muß, jenes Gegensatzes, der sich aus einem geschäftlichen Gegensatz naturnotwendig zum militärischen und blutigen Gegensatz weiterentwickelt.

Knapp und scharf umrissen zum Ausdruck gebracht, können diese Auffassungen natürlich veraltete, pazifistische und schläfrige Denkgewohnheiten vor den Kopf stoßen. Aber neu sind diese Auffassungen durchaus nicht. Sie haben vielmehr immer in einer Minderheit gelebt, die im Laufe der Zeiten stets einen verzweifelten Kampf geführt hat. Es handelt sich dabei um den ewigen republikanischen Gedanken, der sich stützt auf die Unabhängigkeit und die persönliche Würde des Bürgers und nicht mehr auf den Zauber irgend eines Privilegiums. Es handelt sich um die Idee der Gleichheit und der Menschlichkeit. Und um bei dem zu bleiben, was das Schweizer Land in dem derzeitigen furchtbaren historischen Kampfe in uns wachruft, es handelt sich um das Ferment derselben Idee, die einst die edlen helvetischen Kantone gegen den kaiserlichen Despotismus hat aufstehen lassen, und — denn alle großen Strömungen reihen sich aneinander und gleichen einander — die auch der Erneuerung des Christentums, die in Eurem protestantischen Rom, in Genf, versucht wurde, zugrunde lag.

Aber inzwischen sind Jahrhunderte dahingegangen. Der fast fabelhafte industrielle Fortschritt hat die moderne Welt in einen Panzer, unter ein wirtschaftliches Joch gezwängt. Neue Autokratien, neue Despotismen sind an die Stelle der alten Tyranneien getreten; namenloses Unglück ist über die lebenden Menschengesellschaften gekommen. Und um heute noch die alte zu bleiben, muß unsere Freiheits- und Gerechtigkeitsidee eine strenge, dem erschreckenden Mechanismus der zeitgenössischen Tätigkeit angepaßte Form annehmen.

Wir besitzen den positiven Stolz, stets unbeirrt bis zum Ende unserer Gedankengänge zu gehen und trotz aller Versuchungen keine halben Maßnahmen, keine Palliativmittel, keine Kompromisse, keine tropfenweise zugestandenen angeblichen Fortschritte hinzunehmen, die angesichts der mächtigen Verteidigungs- und Aufsaugungsmittel der bestehenden Regierungsgewalt und der herrschenden sozialen Ordnung absolut wirkungslos bleiben müssen. Und über die Komödien der „Demokratie", über die scheinbaren Versprechungen und großen heuchlerischen Gebärden der kosmopolitischen Diplomatie, über die Parodien des Völkerbundes hinaus wollen wir nicht aus Torheit, sondern aus Weisheit ein ernsthaftes und ernstes soziales Ideal verwirklichen, das so gestaltet ist, daß hinfort kein Mensch mehr das Haustier anderer Menschen sein soll.

Wir haben eine auf dem Prinzip der höchst sittlichen und höchst logischen Befreiung der Menschheit begründete internationale Organisation gebildet, und die Russische Republik hat mit einigen Einschränkungen, die ihr unausweichbare Zufälligkeiten aufzwangen, in einem Teil der Welt diesem Ideal lebendige Gestalt zu verleihen gewußt.

Allein gegen alle diejenigen, die da behaupten, die wirkliche Entzweiung zwischen den Menschen werde nicht durch die nationalen Linien und Farben vorgezeichnet, sondern durch den Sieg bis zum Elend, bis zum Blut der Weltklasse der Ausbeuter über das Weltvolk der Ausgebeuteten — gegen alle, die da sagen, die wirkliche Entzweiung liege in der Tiefe und nicht an der Oberfläche —, hat sich ein unbarmherziger Krieg der Verhetzung und der Verleumdung erhoben.

Meine Herren Geschworenen! Das Verbrechen, über das die gesamte öffentliche Meinung ungeduldig Ihren Urteilsspruch erwartet, ist eines der Ergebnisse des großartigen Ideenkampfes, der die Fundamente der alten allesverschlingenden Gesellschaft erschüttert, jener alten Gesellschaft, die übrigens unter dem Ansturm der gegensätzlichen Privatinteressen, die sie beherrschen, in Ruinen zerfällt und alle auftauchenden Probleme nicht lange mehr durch Ueberbietungen, durch Gewaltanwendung und **Katastrophen** bezwingen kann. Allein der vorliegende Strafprozeß legt zugleich auch die sittlichen Mittel und, wenn man so sagen darf, die giftige Legende bloß, die gegen die Neuerer ins Werk gesetzt werden.

Ein Mensch mit schwachem Geist und engbegrenztem Blick hat einen Apostel umgebracht, genau wie man einen beliebigen Verbrecher umbringt. Wenn er dies zu tun vermochte, so nur deshalb, weil er berauscht war von einer furchtbaren Entstellung der Wirklichkeit. Wenn Sowjetrußland sich verteidigt hat — seine Nichtverteidigung wäre gleichbedeutend gewesen mit Selbstmord, und dazu hatte es angesichts der Welt kein Recht —, so hat es keineswegs ein Verbrechen begangen, noch irgend jemand nutzlos Leid zugefügt. Es hat vielmehr heroisch alle Vorstöße des vom imperialistischen und reaktionären Ausland unterstützten Räubertums, dessen Waffen an seinem tiefen Willen abprallten, über sich ergehen lassen. Aber es ist gemartert worden in seinen Gläubigen. Wir geben nicht das lächerliche Schauspiel, daß wir uns von vornherein in Widerspruch setzen mit dem, was Menschen mit gesundem Verstand und geradem Urteil später einmal über diese Dinge sagen werden. Und wir wollen hier auch nicht vergessen, daß gerade die Männer der III. Internationale, die eine alberne Legende zu Anarchisten stempelt, beständig und in der formellsten Weise alle persönlichen Attentate aufs schärfste mißbilligt haben.

Andere, meine Herren Richter, werden, wenn Sie von Ihnen eine prinzipielle Verurteilung, aber bestimmt keine Repressalien und keine Rachejustiz erwarten — denn niemand von uns denkt an das Gesetz der Wiedervergeltung — vor allem an das Gebot der Achtung vor dem Leben seiner Mitmenschen appellieren, das die menschliche Gesellschaft beherrschen soll. Denn es ist nun einmal nicht angängig, daß ein Mensch sich kraft des Besitzes einer Pistole zum Herrn des Geschickes eines anderen Menschen erhebt, und nichts gestattet, derartige wahnwitzige Gebärde straflos hingehen zu lassen. Doch zürnen Sie mir nicht, wenn ich geglaubt habe, daß es meine Pflicht sei, weiter zu gehen, nachdem man mich gefragt hat, was ich auf Ehre und Gewissen von vorliegendem Drama denke. Pflicht schien mir zu sein, hier auszusprechen, daß es sich hier um kein auf wenige Personen beschränktes Drama handelt, sondern um eine Episode des Dramas selbst, das Millionen Menschen zum Kampf gegeneinander, ja noch mehr, das eine Gegenwart, die man schlechterdings nicht mehr verteidigen kann, zum Kampf gegen die Zukunft treibt. Hier gilt

Ich schreibe diese Zeilen in dem Augenblick, wo Polounines Rechtsbeistand, der Führer der Genfer Faschisten, ein Herr **Aubert,** in das Lausanner Kasino, das aus diesem Anlaß in einen Gerichtssal gegen die Sowjets verwandelt worden war, seine theatralische Entrüstung über das Elend, den Hunger und die Unterdrückung der Arbeiterklasse, der Studenten, kurzum jedermanns in Sowjetrußland hineindonnert. Nur hat dieses furchtbare Losdonnern gestern buchstäblich keine andere Wirkung zu erzeugen vermocht, als daß die große Mehrzahl der Zuhörerschaft, einschließlich des Gerichtsvorsitzenden, der doch immerhin schon an diese Art von Ansprachen gewöhnt ist, eingeschläfert wurde.

Die Klischees der Konterrevolution sind mit der Zeit so hohl und so inhaltlos geworden, daß die Presse des alten Regimes sie schon seit Jahr und Tag immer in derselben Aufmachung servieren muß. Auf den ersten Blick fühlt man die Lüge, die Uebertreibung, das völlige Unvermögen heraus, die Ursachen der russischen Leiden zu begreifen.

Die Anwälte der Nebenkläger, die Herren **Schlenow, Welti** und **Dicker,** hatten auf das interessierte Pathos der Verteidiger der Weißgardisten im voraus geantwortet. Sie haben die furchtbare Verantwortung der Gegenrevolution an dem Märtyrertum des russischen Volkes erneut festgestellt. Die Zeugen **Maffi,** Charles **Rappoport, Smith, Graves, Klutschnikow,** die Generale **Dostowalow** und **Dobrorulski** haben trotz ihrer geringen Zahl im Vergleich zu dem von der Verteidigung aufgebotenen Zeugenheer von Anfang an die vollkommene Inhaltlosigkeit der kindischen und grotesken Fabeln über das luxuriöse Schlemmerleben der Volkskommissare und Sowjetbeamten, sowie über den Terrorismus, die Anarchie und das Räuberunwesen, das nach den Behauptungen der Antibolschewisten in Sowjetrußland herrschen soll, nachgewiesen.

Zur „Anprangerung" des Sowjetregimes haben die Konterrevolutionäre aus Genf, Belgrad, Paris, Berlin und Sofia einen riesigen Apparat aufgeboten. Alle Drückeberger der Gegenrevolution aus aller Herren Länder sind dazu herangezogen worden. Fragebogen wurden an alle Feinde des Bolschewismus und des Sowjetstaates versandt. Man ging zu diesem Zwecke sogar gemäßigte Sozialdemokraten an. Man wollte unbedingt aus allen Blüten, selbst aus den giftigsten, Honig saugen. Doch der größte Trumpf in diesem konterrevolutionären Spiel waren die französischen Schweizer, die einst in Rußland wohnten und durch die Revolution zu Schaden kamen. Es handelt sich dabei um eine Sonderkategorie von Geschäftsleuten, Hauslehrern und Hauslehrerinnen, die durch die Revolution gezwungen wurden, Rußland genau so zu verlassen, wie während des Krieges unzählige Staatsbürger die verschiedenen kriegführenden Länder oft unter noch weit schlimmeren Bedingungen verlassen mußten.

Natürlich waren es nur die Familien der großen Aristokratie, die sich den Luxus erlauben konnten, aus der romanischen Schweiz — die deutsche Schweiz fehlte beim Lausanner Prozeß vollkommen — Lehrer und Lehrerinnen nach Rußland kommen zu lassen. Und wie getreue männliche und weibliche Angestellte beklagen sie das Los ihrer Herrschaft und den Verlust des Paradieses; aus dem sie durch die proletarische Revolution vertrieben wurden. Es besteht in der ganzen romanischen Schweiz eine Vereinigung, die Hunderte von Mitgliedern jener Schweizer umfaßt, die durch die Revolution in ihren Privatinteressen geschädigt wurden, und nun herkamen, um zu erzählen, was sie gesehen, aber niemals verstanden haben. Sie haben die Unordnung, die durch den Bürgerkrieg heraufbeschworen wurde, gesehen, und sie sind darüber entsetzt, verstört, aufgebracht und empört. Und an all diesem sind einzig und allein die bösen Bolschewiki schuld.

Wir wollen ein gewöhnliches Beispiel nehmen, das dem Charakter der weißgardistischen Zeugen gut entspricht. Jemand besucht eine Wohnung am frühen Morgen zur Zeit des Großreinemachens des Hauses. Da gibt es dichte Staubwolken, umgeworfene Tische und Stühle, Wegversperrungen — kurzum, es ist unmöglich, hindurchzukommen. Und der frühe Besucher läuft nun davon, und beklagt sich überall bitter über die Unordnung, die in dem Hause herrscht. Doch wartet nur ein wenig, ihr kleinen, armseligen Bourgeois, bis das Großreinemachen vorüber und das Haus schön sauber ist, die Tische und die Stühle wieder auf ihren Plätzen stehen: dann werdet ihr bestimmt etwas ganz anderes zu sehen bekommen!

Aber das erzähle man den großen Feudalherren, die von „ihren" Gütern vertrieben wurden, den Bankiers, die nicht mehr ihren gemütlichen Spekulationen nachgehen können, den Zeitungsschreibern, denen es untersagt ist, die Hirne ihrer Leser weiter mit Gemeinheiten zu verkleistern, den adligen Vertretern der „Goldenen Jugend" und ihrem nicht minder vergoldeten Lakaientroß, allen großen Mondänen und Demimondänen — und die ganze Gesellschaft wird einem ins Gesicht lachen.

Noch weiß niemand, wie der Prozeß ausgehen wird. Vergessen darf man jedoch nicht, daß zur Verurteilung Polounines und Conradis nach den Gesetzen des Kantons Waadt, wo die Todesstrafe abgeschafft ist, zwei Drittel der Geschworenen — sechs von neun — notwendig sind, und daß einige zwanzig Geschworene von vornherein wegen Besorgnis der Befangenheit zurückgewiesen wurden. Jeder Geschworene, der des geringsten liberalen oder demokratischen Geistes — von Sozialismus oder Kommunismus gar nicht zu reden — verdächtig war, wurde unbarmherzig von der Geschworenenbank entfernt. So wurde eine siebenmal gesiebte Geschworenenbank zusammengestellt. Das Lausanner Milieu begünstigt den antibolschewistischen Geist. Die Lokalpresse nimmt, wie ich schon bemerkt habe, eine geradezu schändliche Haltung ein. Sie ist in der skandalösesten Weise parteiisch, haßerfüllt, zynisch und provokatorisch.

Darum wäre es ein wahres Wunder, wenn die reaktionäre Geschworenenbank Worowskis Mörder verurteilen sollte. Doch die Freisprechung wird nichts anderes beweisen, als die große Verblendung, von der die reaktionäre Bourgeoisie geschlagen ist.

Dennoch glaubt man allgemein an eine Verurteilung, denn der Skandal eines Freispruches wäre doch etwas zu groß. Vorläufig spricht Herr Aubert noch weiter. Das war sogar für uns selbst eine Ueberraschung. Rechtanwalt Dicker hatte seine Genugtuung darüber ausgedrückt, daß während der Verhandlung nicht von der „Sozialisierung der Frauen" geredet worden ist. Doch der Lausanner Kretin hat in seinem Plädoyer dennoch die „sozialen Weiber" aufmarschieren lassen.

Und dabei beachte man, daß es sich in Rußland nicht mehr um das kapitalistische Regime handelt, während unter diesem in allen großen Städten Tausende von beklagenswerten Frauen, die absolut nicht „liebestoll" sind, die aber nicht Hungers krepieren wollen, ein Requisitionsgut gegen Banknoten von 20, 50 und 100 Franken darstellen. Aber der blöde Aubert spricht gleichwohl in diesem Sinne vom Sowjetsystem, wo die Frauen und Kinder weit mehr geachtet werden, als in allen übrigen Ländern, und wo ich im August 1920 in Petersburg, in Moskau, in Iwanowo-Wossnessensk mit eigenen Ohren aus dem Munde der Frauen die Worte vernahm: „Früher waren wir Sachen, auf denen man herumtrampelte, jetzt sind wir wenigstens Menschen, die man achtet."

Doch es stand geschrieben, daß uns in dem Lausanner Prozeß keine Dummheit und keine Verleumdung erspart bleiben würde. Jeder kämpft eben mit den Waffen, über die er verfügt. Und die Reaktion verfügt nur über Conradis Revolver und über die Dummheit der Lausanner Rechtsanwälte Aubert und Schopfer.

Gegen die große Lüge!

Ein Zeugnis im Worowski-Prozeß.

Von Henri Barbusse.

Infolge Krankheit verhindert, persönlich vor dem Lausanner Schwurgericht in dem Mordprozeß gegen Conradi und Genossen als Zeuge zu erscheinen, hat Henri Barbusse einem der Rechtsanwälte der Nebenklägerin, Genossin Worowski, folgende schriftliche Zeugenaussage zugesandt.

** Ich bitte Sie zunächst, verehrter Herr Rechtsanwalt, mich beim Gerichtshof und seinem Vorsitzenden gütigst entschuldigen zu wollen und diese Entschuldigung sowohl für sich selbst wie für die übrigen Herren Anwälte gelten zu lassen, die die Aufgabe übernommen haben, das Andenken eines edlen Opfers zu verteidigen und alle Urheber seines Todes zu brandmarken. Es ist mir in der Tat unmöglich, mich persönlich nach Lausanne zu begeben; ich bin durch meinen Gesundheitszustand gezwungen, Ihnen die Aussage, um die Sie mich gebeten haben, schriftlich zu überreichen.

Diese meine Aussage bringe ich den Richtern mit Trauer und innerer Bewegung im Herzen, jedoch ohne jeden Haß dar. Und ich bin überzeugt, daß Ihre Aufrichtigkeit wie Ihr Talent die Männer, die in dem feierlichen Gerichtssaal tagen und über eine große, bedeutungsvolle menschliche Sache richten sollen, davon überzeugen werden. Ich empfinde keinerlei persönliche Animosität gegen den Mörder. Ich würde mir selbst zürnen, wenn ich ihm Verwünschungen und Beschimpfungen

an den Kopf werfen würde. Ich betrachte ihn lediglich als das traurige Werkzeug eines Irrtums und einer Lüge, die heute über die Welt hinwegschreitet. Und meinem Empfinden nach haben die Richter in Lausanne weit eher diesen Irrtum und diese Lüge vor der gesamten aufhorchenden Welt abzuurteilen, als den Mann selbst, der nicht mehr aber auch nicht weniger wert ist, als die Waffe, die er zu seiner Tat benutzt hat.

Im Laufe der Gerichtsverhandlung wird sicherlich noch ausgesprochen werden, daß zwischen dem abscheulichen und feigen Mord an Worowski und dem an Jean Jaurès mehr als eine Aehnlichkeit besteht. Jedenfalls steht fest, daß in dem einen wie in dem andern Falle das Verbrechen nicht beschränkt geblieben ist auf die eine Hand, die den Todesstoß geführt hat, und auf das eine Hirn des verirrten und entarteten Menschen, den eines Tages plötzlich die Lust anwandelte, sich zum Henker an einem im öffentlichen Leben stehenden Manne zu erheben, an dessen Identität ihm herzlich wenig gelegen war. Das vorliegende Verbrechen geht weit über diese Hand und dieses Hirn hinaus; man hat es zu suchen in der infamen Idee, die dieses Hirn vergiftet und diese Hand bewaffnet hat.

Worowski ist nicht das Opfer einer persönlichen Rache geworden, sondern — selbst für den Fall, daß sein Mord nicht direkt angezettelt und organisiert worden wäre — vielmehr das Opfer einer vielleicht ohne Beispiel in der Geschichte dastehenden Verleumdungskampagne. Und dieser Umstand erlaubt jedem beliebig ausgewählten Menschen, jedem einfachen Zeugen der Ereignisse sein Urteil über diese Ereignisse abzugeben, ohne sich dadurch anzumaßen, dem Richter oder dem Anwalt vorzugreifen.

Keiner unter den hervorragenden und unbestechlichen Männern, die mit höchster Autorität ausgestattet in diesem Gerichtshof sitzen und an die ich mich hiermit mit aller Bescheidenheit, aber zugleich auch mit aller Inbrunst wende, wird mir gram sein, wenn ich die Frage bis zu den großen sittlichen Ideen emporhebe, die in diesem Augenblick die Zukunft der Völker selbst in Frage stellen. Ich bitte Sie inständig, beachten zu wollen, daß ich weder ein Demagog, noch ein Utopist, noch ein Hetzer bin, der, um Aufmerksamkeit zu erregen, ziel- und zwecklos eine rote Fahne schwingt. Ich bin ein Zeuge in des Wortes verwegenster Bedeutung, und nur geleitet von einem wissenschaftlichen, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Notwendigkeiten streng angepaßten Rationalismus, der nur gegen hohle Phrasen und konventionelle Formeln Abscheu und Haß hegt, üben wir eine unerbittliche Kritik an der alten sozialen Ordnung, aus der naturnotwendig Elend und Mord hervorwachsen müssen, und fordern wir eine radikale Umgestaltung der Regelung der menschlichen Angelegenheiten. Wir sind der Auffassung, daß die soziale Ordnung in Zukunft auf den Menschenmassen selbst, auf dem Volkstum, aus dem jede wirkliche Produktion hervorgeht, beruhen muß, daß die ausschließliche Reglementierung der Arbeit durch die Arbeiter selbst zum organischen Gesetz der Kollektivität erhoben werden muß, und daß schließlich ein absoluter Internationalismus an die Stelle des barbarischen und grausamen Gegensatzes der waffenstarrenden nationalen Blocks treten muß, jenes Gegensatzes, der sich aus einem geschäftlichen Gegensatz naturnotwendig zum militärischen und blutigen Gegensatz weiterentwickelt.

Knapp und scharf umrissen zum Ausdruck gebracht, können diese Auffassungen natürlich veraltete, pazifistische und schläfrige Denkgewohnheiten vor den Kopf stoßen. Aber neu sind diese Auffassungen durchaus nicht. Sie haben vielmehr immer in einer Minderheit gelebt, die im Laufe der Zeiten stets einen verzweifelten Kampf geführt hat. Es handelt sich dabei um den ewigen republikanischen Gedanken, der sich stützt auf die Unabhängigkeit und die persönliche Würde des Bürgers und nicht mehr auf den Zauber irgend eines Privilegiums. Es handelt sich um die Idee der Gleichheit und der Menschlichkeit. Und um bei dem zu bleiben, was das Schweizer Land in dem derzeitigen furchtbaren historischen Kampfe in uns wachruft, es handelt sich um das Ferment derselben Idee, die einst die edlen helvetischen Kantone gegen den kaiserlichen Despotismus hat aufstehen lassen, und — denn alle großen Strömungen reihen sich aneinander und gleichen einander — die auch der Erneuerung des Christentums, die in Eurem protestantischen Rom, in Genf, versucht wurde, zugrunde lag.

Aber inzwischen sind Jahrhunderte dahingegangen. Der fast fabelhafte industrielle Fortschritt hat die moderne Welt in einen Panzer, unter ein wirtschaftliches Joch gezwängt. Neue Autokratien, neue Despotismen sind an die Stelle der alten Tyranneien getreten; namenloses Unglück ist über die lebenden Menschengesellschaften gekommen. Und um heute noch die alte zu bleiben, muß unsere Freiheits- und Gerechtigkeitsidee eine strenge, dem erschreckenden Mechanismus der zeitgenössischen Tätigkeit angepaßte Form annehmen.

Wir besitzen den positiven Stolz, stets unbeirrt bis zum Ende unserer Gedankengänge zu gehen und trotz aller Versuchungen keine halben Maßnahmen, keine Palliativmittel, keine Kompromisse, keine tropfenweise zugestandenen angeblichen Fortschritte hinzunehmen, die angesichts der mächtigen Verteidigungs- und Aufsaugungsmittel der bestehenden Regierungsgewalt und der herrschenden sozialen Ordnung absolut wirkungslos bleiben müssen. Und über die Komödien der „Demokratie", über die scheinbaren Versprechungen und großen heuchlerischen Gebärden der kosmopolitischen Diplomatie, über die Parodien des Völkerbundes hinaus wollen wir nicht aus Torheit, sondern aus Weisheit ein ernsthaftes und ernstes soziales Ideal verwirklichen, das so gestaltet ist, daß hinfort kein Mensch mehr das Haustier anderer Menschen sein soll.

Wir haben eine auf dem Prinzip der höchst sittlichen und höchst logischen Befreiung der Menschheit begründete internationale Organisation gebildet, und die Russische Republik hat mit einigen Einschränkungen, die ihr unausweichbare Zufälligkeiten aufzwangen, in einem Teil der Welt diesem Ideal lebendige Gestalt zu verleihen gewußt.

Allein gegen alle diejenigen, die da behaupten, die wirkliche Entzweiung zwischen den Menschen werde nicht durch die nationalen Linien und Farben vorgezeichnet, sondern durch den Sieg bis zum Elend, bis zum Blut der Weltklasse der Ausbeuter über das Weltvolk der Ausgebeuteten — gegen alle, die da sagen, die wirkliche Entzweiung liege in der Tiefe und nicht an der Oberfläche —, hat sich ein unbarmherziger Krieg der Verhetzung und der Verleumdung erhoben.

Meine Herren Geschworenen! Das Verbrechen, über das die gesamte öffentliche Meinung ungeduldig Ihren Urteilsspruch erwartet, ist eines der Ergebnisse des großartigen Ideenkampfes, der die Fundamente der alten allesverschlingenden Gesellschaft erschüttert, jener alten Gesellschaft, die übrigens unter dem Ansturm der gegensätzlichen Privatinteressen, die sie beherrschen, in Ruinen zerfällt und alle auftauchenden Probleme nicht lange mehr durch Ueberbietungen, durch Gewaltanwendung und **Katastrophen** bezwingen kann. Allein der vorliegende Strafprozeß legt zugleich auch die sittlichen Mittel und, wenn man so sagen darf, die giftige Legende bloß, die gegen die Neuerer ins Werk gesetzt werden.

Ein Mensch mit schwachem Geist und engbegrenztem Blick hat einen Apostel umgebracht, genau wie man einen beliebigen Verbrecher umbringt. Wenn er dies zu tun vermochte, so nur deshalb, weil er berauscht war von einer furchtbaren Entstellung der Wirklichkeit. Wenn Sowjetrußland sich verteidigt hat — seine Nichtverteidigung wäre gleichbedeutend gewesen mit Selbstmord, und dazu hatte es angesichts der Welt kein Recht —, so hat es keineswegs ein Verbrechen begangen, noch irgend jemand nutzlos Leid zugefügt. Es hat vielmehr heroisch alle Vorstöße des vom imperialistischen und reaktionären Ausland unterstützten Räubertums, dessen Waffen an seinem tiefen Willen abprallten, über sich ergehen lassen. Aber es ist gemartert worden in seinen Gläubigen. Wir geben nicht das lächerliche Schauspiel, daß wir uns von vornherein in Widerspruch setzen mit dem, was Menschen mit gesundem Verstand und geradem Urteil später einmal über diese Dinge sagen werden. Und wir wollen hier auch nicht vergessen, daß gerade die Männer der III. Internationale, die eine alberne Legende zu Anarchisten stempelt, beständig und in der formellsten Weise alle persönlichen Attentate aufs schärfste mißbilligt haben.

Andere, meine Herren Richter, werden, wenn Sie von Ihnen eine prinzipielle Verurteilung, aber bestimmt keine Repressalien und keine Rachejustiz erwarten — denn niemand von uns denkt an das Gesetz der Wiedervergeltung — vor allem an das Gebot der Achtung vor dem Leben seiner Mitmenschen appellieren, das die menschliche Gesellschaft beherrschen soll. Denn es ist nun einmal nicht angängig, daß ein Mensch sich kraft des Besitzes einer Pistole zum Herrn des Geschickes eines anderen Menschen erhebt, und nichts gestattet, derartige wahnwitzige Gebärde straflos hingehen zu lassen. Doch zürnen Sie mir nicht, wenn ich geglaubt habe, daß es meine Pflicht sei, weiter zu gehen, nachdem man mich gefragt hat, was ich auf Ehre und Gewissen von vorliegendem Drama denke. Pflicht schien mir zu sein, hier auszusprechen, daß es sich hier um kein auf wenige Personen beschränktes Drama handelt, sondern um eine Episode des Dramas selbst, das Millionen Menschen zum Kampf gegeneinander, ja noch mehr, das eine Gegenwart, die man schlechterdings nicht mehr verteidigen kann, zum Kampf gegen die Zukunft treibt. Hier gilt

es vor allem zu bekunden, daß von den Kriegszielen der beiden Hälften der Menschheit — der Konservativen und der Revolutionäre — das Kriegsziel der Revolutionäre in seinem Schoß die ewige Vernunft birgt. Die Sache, deren Märtyrer Worowski war, ist erhaben und schön. Und die neue Ordnung wird ihr ähnlich sehen, sobald es ihr eines Tages gegeben sein wird, die irdische Hölle zu bezwingen.

Buchbesprechung

„Hakenkreuz und Sowjetstern." *) „Hochverräter Stinnes." **)

Von Emil Höllein (Berlin).

** Beide unter obigem Titel erschienenen Schriften, die erstere in 2. Auflage, kommen zu gelegener Stunde. Ihr Erscheinen wird gewissermaßen umrahmt von dem operettenhaften Drum und Dran des kläglichen Staatsstreichversuches der Hitler-Ludendorff-Poehner und Konsorten in München am 8. und 9. November. Schon seit vielen Monaten vom bayerischen Bierbankfaschismus mit Pauken und Trompeten, mit theatralischem Waffengeklirr und furchtbar aufgeblähter Judenfresserei angekündigt, erwies sich der pompöse „Marsch auf Berlin" und „die rettende Errichtung einer nationalen Diktatur in Deutschland von Süden her" als ein einziger Riesenbluff, als der denkbar ohnmächtigste Ausdruck des größten politischen Hochstapler- und Strauchrittertums der neueren deutschen Geschichte. So bedeutet der überaus klägliche Zusammenbruch des Münchener Putschunternehmns nicht nur die restlose Entlarvung der beispiellos inneren Hohlheit und Verlogenheit und der noch beispielloseren persönlichen Feigheit und Unfähigkeit der Bramarbasse, die an seiner Spitze standen, sondern auch zugleich den gähnenden Bankrott des Hitlerschen Nationalsozialismus und Faschismus überhaupt.

Und diese tragikomische Umrahmung verleiht den hier angezeigten beiden Schriften in der gegenwärtigen Stunde einen besonderen Grad von journalistischer Aktualität und Durchschlagskraft. Seit Monaten heulen und toben die offenen und verkappten Gegenrevolutionäre aller politischen Lager einschließlich der Sozialdemokratie gegen das „monströse" Bündnis zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern, zwischen Faschismus und Kommunismus: die offenen Gegenrevolutionäre aus dem klar erkannten Bewußtsein heraus, daß der soziale Untergrund der faschistischen Gewaltpolitik aus sozialem Flugsand besteht, und durch die fortschreitende wirtschaftliche und soziale Verelendung der breiten Mittelschichten, wie durch die zielklare Aufklärungsarbeit der Kommunisten in verheißungsvolles Wanken geraten ist, und die verkappten Gegenrevolutionäre, besonders diejenigen, die sich in die Toga des reinen, unverfälschten Marxismus und Klassenkampfes hüllen, weil sie deutlich fühlen, daß es mit ihrer jahrelangen Hilfsstellung gegenüber dem Kapitalismus und der Bourgeoisie endgültig vorbei ist, sobald es den Kommunisten, dem Vortrupp der sozialen Revolution, gelungen ist, die verzweifelten Mittelschichten und Arbeitermassen, die sich aus Angst vor dem Untergang in die Arme des Faschismus geflüchtet haben, von diesem ideologisch und praktisch wieder loszulösen und für den revolutionären Kampf zu mobilisieren oder wenigstens zu neutralisieren.

Diesem Zwecke dienen die beiden vorliegenden Schriften. Die erstere: „Hakenkreuz und Sowjetstern" enthält neben der summarischen Wiedergabe der Ausführungen einiger nationalsozialistischer Führer die Reden, die Genosse Hermann Remmele am 2. August in einer nationalsozialistischen und am 10. August in einer kommunistischen Massenversammlung in Stuttgart gehalten hat. In diesen Reden hat Genosse Remmele nach einer knappen historisch-ökonomischen Analyse der derzeitigen sozialen Zustände und Produktionsverhältnisse die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Ruhrkrieg, zum Separatismus, zur Judenfrage und zum proletarischen Internationalismus klar und scharf umrissen, und als einzigen Ausweg zur Rettung der deutschen Nation der Werktätigen die Erkämpfung der Arbeiter- und Bauernregierung, die die Diktatur der Arbeitenden errichtet, das Finanz- und Industriekapital rücksichtslos expropriiert und die Gesellschaft der bewußten, rationellen und planmäßigen Arbeit aufbaut, nachgewiesen. Die Niederkämpfung der Kapitalsherrschaft ist die erste und letzte Voraussetzung des Weiterlebens und des Wiederaufstiegs der deutschen Nation aus Elend, Schmach und Erniedrigung. Jeder, der dabei ehrlich mithelfen will, ist uns willkommen, jeden, der sich uns entgegenstellt, der uns in diesem Kampfe verrät, werden wir dagegen rücksichtslos zerschmettern.

Die zweite Schrift enthält drei Reden, die Genosse Paul Frölich im Deutschen Reichstag gehalten hat, und die sich insbesondere mit dem vom schamlosesten Egoismus und von grenzenloser Herrschsucht diktierten hochverräterischen Treiben des Stinnes, dieses Typus der modernen Großkapitals-Diktatur, befaßt. Frölich weist im einzelnen nach, wie Stinnes, der sich nicht nur den größten, wertvollsten und einflußreichsten Teil der deutschen Wirtschaft, sondern durch seine planmäßigen Zeitungsaufkäufe auch die öffentliche Meinung in Deutschland völlig untertan macht, de facto den Gang der deutschen Innen- und Außenpolitik bestimmt, und, wenn die Regierungen ihm nicht bedingungslos willfährig sind, rücksichtslos seine eigene Innen- und Außenpolitik auf eigene Faust betreibt, unbekümmert um alle verhängnisvollen Folgen für die ganze Nation. Stinnes war einer der Haupttreiber in der Eroberungspolitik des kaiserlichen Deutschland im Weltkriege. Nach der Niederlage der Hohenzollern betrieb er ganz offen die hochverräterische Loslösung der Rheinlande vom Reich. Auf der Konferenz in Spaa im Sommer 1920 suchte er durch bewußt provokatorisches Auftreten die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Alliierten zu provozieren. Später verabredete er auf eigene Faust die Lubersac-Reparationslieferungen auf Kosten des Reiches und forderte hinterdrein von diesem die Finanzierung seiner gewinnbringenden Privatgeschäfte. Er stürzte die Regierung Wirth, hob Cuno auf den Plan, inspirierte die Politik, die zur Ruhrbesetzung und zum Ruhrkrieg führte und lief, als dieser schließlich abgebrochen werden mußte, mit seinen Kumpanen spornstreichs in das Lager des Generals Degoutte, um die Unterstützung des französischen Imperialismus bei der wirtschaftlichen Erdrosselung und politischen Versklavung des deutschen Proletariats zu erbetteln. Gleichzeitig schrieb er der Reichsregierung alle Zeit das Gesetz des Handelns vor. Er zwang Stresemann, die Sozialdemokraten aus seinem Kabinett auszuschiffen, und die Errichtung der berühmten nationalen Militärdiktatur durchzuführen. Er unterhandelte selbstherrlich mit dem französischen Eroberer und finanzierte gleichzeitig den rheinischen Separatismus wie den bayerischen Faschismus. Er verabredete mit Hitler, Ludendorff und Kahr die Vorbereitungen für den legalen, wie zugleich auch für den illegalen bewaffneten Putsch. Er konspirierte im Hotel Esplanade zu Berlin mit dem Führer des Küstriner Faschistenputsches, Major Buchrucker, und ließ gleichzeitig von seinem Leibknappen, dem sozialdemokratischen Renegaten Paul Lensch, in der „Deutschen Allgemeinen Ztg." die Herrschaft des von ihm gewollten Faschistenregiments theoretisch begründen und publizistisch verfechten.

Alle diese Tatsachen reiht Genosse Frölich in seinen drei Reden logisch aneinander, und stellt demgegenüber klar und scharf die Kampfesaufgaben der Arbeiterklasse und der versinkenden Mittelschichten dar. Er unterstreicht nachdrücklich die Abwehrmaßnahmen der Kommunisten und die Notwendigkeit für das Gesamtproletariat in Deutschland, die Raub- und Versklavungsabsichten der Stinnes und Konsorten durch Erkämpfung eines proletarischen Deutschlands zu durchkreuzen.

Beide Schriften verdienen gerade in der gegenwärtigen Periode der wilden Kommunistenverfolgungen durch die weiße Diktatur und der notwendigen Sammlung und Umgruppierung der revolutionär-proletarischen Kampfkaders die weiteste Verbreitung. Jeder Kommunist soll sich mit allen Kräften für ihre Massenverbreitung, besonders in den uns noch fernstehenden Schichten der Intellektuellen und des gewerblichen Mittelstandes einsetzen. So wird er wirksam dazu beitragen, den Anbruch der Stunde zu beschleunigen, wo mit den Hochverrätern um Stinnes und dessen faschistischen Klopffechtern gründlich Abrechnung gehalten werden wird.

*) „Hakenkreuz und Sowjetstern." Deutschlands Weg — Deutschlands Rettung.

**) „Hochverräter Stinnes." Drei Reichstagsreden von Paul Frölich, gehalten am 15. Dezember 1922, 9. Oktober und 11. Oktober 1923, beide erschienen im Verlag der „Viva", G. m. b. H., Berlin SW., Planufer 17.

Zur Beachtung!

Da der für die nächstfällige reguläre Ausgabe in Betracht kommende Mittwoch ein Feiertag ist, lassen wir die vorliegende Ausgabe in verstärktem Umfange von 12 Seiten erscheinen. Die Mittwoch-Ausgabe fällt aus. Im Falle wichtiger Ereignisse lassen wir der Presse Sonderdrucke zugehen.

Redaktion der Inprekorr.

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 36-38.